

DEUTSCHES REICH

Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften
in den Einrichtungen der kreuznacher diakonie von 1940-1945

Ulrike Winkler



Lebenswirklichkeiten .

ARBEITSBUCH
Menschen Unter Menschen
FÜR AUSLANDER

Impressum

Herausgeberin: kreuznacher diakonie
Kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts
Der Vorstand
Ringstraße 58 · 55543 Bad Kreuznach

Realisation: Georg Scheffler-Borngässer

Druck: odd Grafische Betriebe GmbH · Bad Kreuznach
1. Auflage 2002 · 500

Lebenswirklichkeiten

Menschen Unter Menschen

Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften
in den Einrichtungen der kreuznacher diakonie von 1940-1945

Ulrike Winkler

Inhalt

Vorwort zur Kurzdokumentation 5
Der Vorstand kreuznacher diakonie

Zum Geleit 7
Jochen-Christoph Kaiser

Evangelische Kirche und Zwangsarbeit
- ein offenes Kapitel 11
Uwe Kaminsky

Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften
in den Einrichtungen der Kreuznacher
Diakonie von 1940-1945 18
Ulrike Winkler

Quellen- und Literaturverzeichnis 84

Fußnoten 88

Menschen Unter Menschen

Vor gut zwei Jahren führte die öffentliche Debatte um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zur Gründung einer Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, deren Gesamtkapital von 10 Milliarden DM je zur Hälfte von der öffentlichen Hand und der Wirtschaft aufgebracht werden sollte. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland und das Diakonische Werk der EKD erklärten ihre Verantwortung und brachten 10 Mio. DM in die Stiftung ein.

Nicht ohne Betroffenheit - es mussten Menschen Unter Menschen unter menschenverachtenden Bedingungen arbeiten -, zugleich aus der Distanz der vermeintlich nicht direkt Beteiligten verfolgten wir diese Debatte. Ungefähr um die gleiche Zeit sprach die Dipl. Politologin Ulrike Winkler in der kreuznacher diakonie vor, um in unserem Archiv nach Unterlagen über Zwangsarbeiterinnen in deutschen Haushalten zu suchen. Ab diesem Zeitpunkt war es mit der Distanz der vermeintlich am nationalsozialistischen System der Zwangsarbeit nicht Beteiligten

vorbei. Sehr schnell wurde deutlich, dass die damaligen Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach in den Kriegsjahren in nicht unerheblichem Umfang Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigten. Aus der Anonymität eines Heeres von circa 13,5 Millionen Menschen, die zur Arbeit im Deutschen Reich gezwungen wurden, traten uns durch das Auffinden der „Arbeitsbücher für Ausländer“ Gesichter und Namen von konkreten Menschen entgegen und wurden auf einmal zu Menschen unter uns. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen konnten ermittelt werden. Sie gaben ihre Erinnerungen über den Aufenthalt von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der kreuznacher diakonie zu Protokoll und Quellen erzählten, unter welchen Bedingungen diese zu leben und zu arbeiten hatten.

Viele, deren Namen wir jetzt kennen, sind bereits verstorben. Mit wenigen Überlebenden haben wir über verschiedene Suchinstitutionen Kontakt aufnehmen können. Für die kreuznacher diakonie ist es eine Verpflichtung, neben ihrer Beteili-

gung am Entschädigungsfonds der Evangelischen Kirche in Deutschland nun auch persönliche Entschädigung zu leisten.

Eine Verpflichtung sehen wir aber auch darin, die Geschichte der Menschen, die Zwangsarbeit in den Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach leisten mussten, zu dokumentieren. Es ist ein Stück Erinnerungsarbeit, die wir den Opfern der Zwangsarbeit schuldig sind.

Wir danken Ulrike Winkler für ihre unermüdliche und akribische Arbeit, die uns diese Veröffentlichung möglich macht. Zu danken haben wir auch dem Kirchenhistoriker Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser aus Marburg und dem Historiker Dr. Uwe Kaminsky aus Berlin, die die Forschungsarbeit von Ulrike Winkler begleiteten.

Im Jahre 1999 haben wir mit dem Titel „Junge Reportagen aus der kreuznacher diakonie“ einen ersten Band der Reihe „Lebenswirklichkeiten“ herausgegeben. Mit dieser Dokumentation zu Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der kreuznacher diakonie mit dem Titel „Menschen Unter Menschen“ legen wir den zweiten Band der Reihe Lebenswirklichkeiten vor. Die Mehrdeutigkeit dieses Titels wird ersichtlich aus der Do-

kumentation von Ulrike Winkler. Es bleibt unser eindeutiger Auftrag, das Leben von Menschen unter Menschen als Leben von Menschen mit Menschen zu gestalten.

Im Mai 2002

Pfr. Dietrich Humrich Dr. Frank Rippel

Zum Geleit

Jochen-Christoph Kaiser

Kirche und Diakonie sind keine gesellschaftlichen Größen außerhalb oder neben der Gesellschaft, sondern unbeschadet ihres besonderen Auftrags und ihrer sich von daher ergebender Aufgaben integraler Bestandteil der Welt, in der sie leben und agieren. Sie haben teil an den jeweils aktuellen Diskursen, unterliegen dem allgemeinen Normen- und Wertewandel und fühlen sich oftmals an die herrschende ‚political correctness‘ gebunden. Darüber hinaus erwecken sie bei jenen, die ihnen kritisch begegnen, weil sie ihre weltanschaulichen Voraussetzungen nicht teilen, häufig den Eindruck zögerlicher Reaktionen im Prozess wechselnder ideologischer, politischer, sozialer und ökonomischer Herausforderungen.

Auch die seit einigen wenigen Jahren aufgeflamnte Debatte um Sinn und Notwendigkeit der Entschädigung von Zwangsarbeit während des Dritten Reiches erreichte nach dem Eindruck vieler Beobachter das kirchliche System erst mit Verspätung. In den Medien wurde deshalb die kritische Frage laut, warum sich die Kirchen unseres Landes nicht früher um das

Problem der Zwangsarbeit in ihren eigenen Reihen gekümmert und sich der Last der Vergangenheit auf diesem Sektor gestellt haben, solange es den Betroffenen noch etwas nützte. Die Kirche und ihre Vorfeldorganisationen waren doch während der NS-Herrschaft nahezu die einzigen gesellschaftlichen Verbände, die das Regime nicht systematisch ‚gleichschaltete‘ und die deshalb auch größere Handlungsspielräume als andere besaßen.

Einer solchen Kritik muss nachgegangen werden anstatt sie mit apologetischen Tendenzen abzuwehren. Tatsächlich wurde Letzteres seitens der Kirchen auch nicht versucht: denn mit beispielhafter Intensität, wenngleich mit unterschiedlichem Erfolg spüren seit Aufkommen der Debatte kirchliche Gremien und diakonische Einrichtungen ihrer Vergangenheit in Sachen Zwangsarbeit nach. Die Spitzengremien der Ev. Kirche in Deutschland und des Diakonischen Werkes reagierten nicht nur im Hinblick auf die Entschädigung der noch lebenden Betroffenen, indem sie der Bundesstiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ dafür 10 Mio. DM zur

Verfügung stellten, sondern sie erklärten auch gleichzeitig ihre Bereitschaft, einen namhaften Betrag für ein Forschungsprojekt aufzubringen, das die Geschichte der Zwangsarbeit in evangelischen Einrichtungen möglichst umfassend untersuchen soll. Dieses am Fachbereich Ev. Theologie der Philipps-Universität Marburg angesiedelte Unternehmen hat inzwischen mit der Arbeit begonnen; es ist beabsichtigt, im Frühjahr 2003 in einem Sammelband über die Ergebnisse dieser Forschungen sowie über diejenigen der vielfältigen anderen Initiativen auf regionaler und landeskirchlicher Ebene zu berichten.

Zu Letzteren zählt auch die Arbeit von Ulrike Winkler. Sie zeigt an einem bedeutsamen Einzelbeispiel, in welcher Weise eine diakonische Einrichtung während des Kriegs in die Arbeitsmarktpolitik des Dritten Reiches eingebunden war. Die Verfasserin versteht es in überzeugender Weise, die schwierige Materiallage aufzubereiten und die Quellen zum Sprechen zu bringen. Dabei vermeidet sie sowohl anklagende Untertöne als auch einen entschuldigenden Gestus, sondern beschränkt sich auf Darstellung und Interpretation der aufweisbaren Fakten. Das unterscheidet ihre Untersuchung in beiden Richtungen wohlwendend von anderen, und deshalb gelingt ihr

auch ein Stück diakonischer Geschichtsschreibung, das wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und einem breiteren Leserkreis die damaligen Geschehnisse nahe bringt.

In dreifacher Hinsicht können wir aus der Lektüre der folgenden Untersuchung etwas lernen: Wir erleben den Alltag der Anstalt im Krieg und das ganz alltägliche Miteinander der hier Verantwortlichen mit jenen Männern und Frauen, die in den Einrichtungen als ausländische Zivilisten gegen ihren Willen tätig werden mussten. Wir sehen zweitens, in welcher enger Weise Kommunen, Arbeitsverwaltung und Anstalt bei der Organisation von Zwangsarbeit miteinander verflochten waren. Und schließlich sehen wir bei der Schilderung der Vorgänge in der so genannten Ostarbeiterbaracke, in welcher Weise die tödliche Dynamik nationalsozialistischer Herrschaftspraxis auch in Kreuznach primär auf den gesellschaftlichen Nutzen von Zwangsarbeit achtete und die hier eingesetzten Menschen ausschließlich nach inhumanen Verwertungskategorien beurteilte und behandelte. Dass der Gynäkologe der Anstalt Schwangerschaftsunterbrechungen auch gegen den Willen der betroffenen Frauen vornahm, ist genauso ein Faktum wie der Protest der beteiligten Diakonissen dagegen, die es mit

ihrem christlichen Menschenbild nicht vereinbaren konnten, als ‚minderwertig‘ betrachtetes ungeborenes Leben zu vernichten und das zusätzlich mit ökonomischen Sachzwängen zu begründen.

Ulrike Winkler bringt uns an einem Beispiel das Thema ‚Zwangsarbeit in Diakonie und Kirche‘ nahe. Es ist zu wünschen, dass noch viele solcher regionalen Studien folgen, um in der Art von zusammengefügteten Mosaiksteinchen am Ende einen Gesamteindruck entstehen zu lassen. Zwangsarbeit spielte im Raum von Kirche und Diakonie eine wichtige Rolle zwischen 1939 und 1945, auch wenn sich hier keine kriegswichtigen Betriebe und Produktionsstätten befanden. Allerdings ist es unbestreitbar, dass die Diakonie auf dem Gesundheitssektor wichtige Ersatzaufgaben für Staat, Länder und Kommunen übernehmen musste, ohne die bestimmte medizinische und pflegerische Dienste für die Zivilbevölkerung zusammengebrochen wären. Zur Aufrechterhaltung dieser Dienste haben die Zwangsarbeiterinnen viel beigetragen. Das hat man in Kirche und Diakonie erst spät eingesehen – für viele, ja für die meisten dieser Menschen kam eine Entschädigung zu spät. Dabei geht es gerade hier nicht allein um materielle Hilfen, die ohnehin angesichts der geringen

Auszahlungsbeträge nur symbolische Bedeutung haben können. Genauso wichtig scheint die Erkenntnis, Teil eines Unrechtssystems gewesen zu sein, Mitverantwortung für das Schicksal der Betroffenen zu übernehmen und ihnen wenigstens nachträglich Dank für ihren unfreiwilligen Einsatz zu sagen.

Ein Letztes: Das Thema ‚Zwangsarbeit in Diakonie und Kirche‘ gliedert sich in ein größeres, noch weitgehend unbearbeitetes Umfeld ein: *Kirchliches Leben im Krieg*, das noch weitgehend eine ‚terra incognita‘ darstellt. Wie verhielten sich die Männer und vor allem Frauen in den Kirchengemeinden, Verbänden, Synoden und Kirchenleitungen gegenüber den alltäglichen Herausforderungen dieser Zeit. Wie wurden Soldaten und Zivilisten, die sich als Christen sahen, mit der permanenten Bedrohung ihres und des Lebens ihrer Angehörigen fertig? Wuchs der Trost des Glaubens in diesen Zeiten oder wandten sich die Menschen resignierend davon ab? Was erfuhren sie von den Schrecknissen der Gaskammern und Konzentrationslager? Rechneten sie fremdes Leid mit eigenem auf und waren deshalb eher geneigt, das Furchtbare um sie herum zu ignorieren statt ihm zu widerstehen? Und wie begegneten sie den fremden Arbeiterinnen

und Arbeitern, auf die sie überall in der Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz stießen?
– Am Beispiel der Zwangsarbeit und wie man sich in Kirche und Diakonie zu ihr verhielt, brechen solche Fragen wieder auf. Vielleicht bedurfte es erst der unfreiwilligen Neuentdeckung dieses Themas, um die Perspektive in der skizzierten Richtung zu erweitern. Auch die folgenden Ausführungen geben in diesem Sinne eine Teilantwort über kirchliches Wirken und diakonische Existenz unter den Bedingungen eines totalitären Regimes und eines total geführten Krieges.

Marburg, im April 2002

Evangelische Kirche und Zwangsarbeit – ein offenes Kapitel

Uwe Kaminsky

Wo haben sie gearbeitet in evangelischer Kirche und Diakonie, die Menschen aus Westeuropa, aus Polen, aus der ehemaligen Sowjetunion, die während des Zweiten Weltkriegs zur Arbeit in Deutschland gezwungen worden sind?

Seit dem Frühjahr 2000 wurde diese Frage öffentlich gestellt. Als sich die Evangelische Kirche und ihr Diakonisches Werk im Juli 2000 mit einer Zustiftung von 10 Mio. DM an der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ beteiligten, war diese Frage keineswegs beantwortet, vielmehr setzte nun eine umfangreiche Spurensuche in evangelischen Einrichtungen und Kirchengemeinden ein.

Die Konzentration der gesellschaftlichen Debatte über Zwangsarbeit auf große Industriebetriebe (insbesondere der Rüstungsindustrie) rückte aus dem Blick, dass das Unrechtssystem der Zwangsarbeit zum Alltag während der Zeit des Nationalsozialismus gehörte. Nicht nur mittelständische Betriebe und Kommunen, sondern auch Kirche und ihre Diakonie hatten hier-

an teilgehabt. Sie waren gegenüber den Zwangsarbeitern nicht nur als seelsorgende und fürsorgende Institutionen aufgetreten, sondern auch als Arbeitgeber in direkter oder indirekter Form, die von der Ausbeutung der Arbeitskraft zwangsverschleppter Menschen profitierten.

Eine vom Diakonischen Werk initiierte Vorstudie über Einrichtungen in Hamburg und Schleswig-Holstein brachte erste Hinweise auf diakonische Einrichtungen als Arbeitgeber von Zwangsarbeitern in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft einzelner Einrichtungen. Verschiedene evangelische Landeskirchen und ihre diakonischen Werke betreiben eigene Projekte, die sich der Aufklärung dieses unaufgearbeiteten Kapitels widmen und im Ergebnis den identifizierten Überlebenden Zahlungen aus der Bundesstiftung sichern sollten. Die EKD und ihr Diakonisches Werk schufen ein bundesweites Forschungs- und Koordinierungsprojekt zur Aufklärung der Zwangsarbeit in kirchlichen Einrichtungen.

Nicht nur für die *kreuznacher diakonie*

sondern für den Bereich der Evangelischen Kirche im Rheinland insgesamt liegen mittlerweile Ergebnisse aus einer solchen Studie vor, die eine Dimensionierung der Zwangsarbeit in evangelischen Einrichtungen und Einblicke in die Existenz ausländischer Arbeitskräfte erlauben.¹

Das Unternehmen Kirche arbeitete im Wesentlichen dezentral vor Ort und hielt mit seiner Arbeit die Versorgungsstrukturen im Feld Seelsorge, in Krankenhäusern, Erziehungsheimen und Kinderheimen aufrecht. Hierzu gehörte auch die in manchen Einrichtungen durch landwirtschaftliche und handwerkliche Arbeit vorgehaltene Infrastruktur, die eine Ernährungsergänzung und Zusatzversorgung für die oftmals in einer Hausgemeinschaft lebenden Beschäftigten und Bewohner bedeutete.

In den mehr als 600 evangelischen Kirchengemeinden und -verwaltungen arbeiteten 1943 rund 2.300 Menschen. In den mehr als 200 Einrichtungen der damaligen Inneren Mission (der heutigen Diakonie) waren rund 6.000 Menschen beschäftigt, die meisten in Krankenhäusern (2.777) oder großen Anstaltskomplexen wie der Kreuznacher Diakonie oder der Diakonissenanstalt Kaiserswerth.

Die „Arbeitskräftenot“ aufgrund von Einberufungen und Umsetzungen vorhandener Arbeitskräfte wuchs angesichts des nicht enden wollenden deutschen Eroberungskriegs auch in diesen Arbeitsfeldern im Verlauf der Kriegszeit. Der „Ausländer-einsatz“ war trotz bestehender Vorbehalte gegen diesen Einsatz seitens der evangelischen Träger oft die einzige Möglichkeit, den Betrieb von Krankenhäusern, Landwirtschaften und Heimen aufrechtzuerhalten.

Die absolute Zahl der während des Krieges in evangelischen Einrichtungen eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte lässt sich nur schätzen. Vielerorts ist in den Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen die Quellenlage ‘gestört’, wie der Archivar zu sagen pflegt. Die Überlieferungen von Arbeitsamt, Krankenkassen und anderen Behörden sind ebenfalls oft nicht mehr vorhanden, weshalb eine flächendeckende Recherche nicht möglich war. Trotz aller Unsicherheiten über die genaue Höhe der Zahlen der Beschäftigten von Kirche und Diakonie wird am Beispiel des Rheinlandes zweierlei deutlich.

Die Vielzahl der über 200 Einrichtungen war dafür verantwortlich, dass letztendlich eine große Summe von Arbeitskräften zusammenkam. Für die Zeit Januar bzw. Mai

1943 sind insgesamt 8.300 deutsche Arbeitskräfte bei Gemeinden, kirchlichen Verwaltungen und kirchlichen wie diakonischen Einrichtungen sicher überliefert. In den evangelischen Krankenhäusern und großen Anstaltskomplexen wie der Kreuznacher Diakonie und der Diakonissenanstalt Kaiserswerth in Düsseldorf arbeiteten rund die Hälfte aller Beschäftigten. Der Anteil der ausländischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter unter diesen Arbeitskräften betrug rund 5%. Über die gesamte Kriegszeit hat man Gesamtzahlen der zur Arbeit eingesetzten Ausländer zugrunde zu legen, die aufgrund der Fluktuation mit dem Faktor drei multipliziert werden müssen.

Ausgehend von rund 8.300 Beschäftigten bei Kirche und Diakonie im Januar 1943 muss mit gut 400 zu dieser Zeit beschäftigten Ausländern gerechnet werden. Über die gesamte Kriegszeit können demnach insgesamt 1.200 in evangelischen Einrichtungen des Rheinlands beschäftigte Ausländer geschätzt werden. Aufgrund der bisherigen Nachforschungen konnten hiervon 478 Ausländer nachgewiesen werden, davon 81 bei den Anstalten der Kreuznacher Diakonie.² Von diesen kamen 52% aus der damaligen Sowjetunion, je 16% aus den Niederlanden und Frankreich, 8% aus

Polen und 8% aus insgesamt 14 weiteren Staaten wie Belgien, Italien, Kroatien usw. Seit dem massenhaften Einsatz der Menschen aus der damaligen Sowjetunion, den sogenannten „Ostarbeitern“ im Verlauf des Jahres 1942 stellte die junge „Ostarbeiterin“, oft aus der Ukraine stammend, den Prototyp der ausländischen Arbeitskraft in evangelischen Einrichtungen dar. Mehr als drei Viertel aller „Ostarbeiter“ waren 1920 und später geboren, vier Fünftel von ihnen waren Frauen.

Die Arbeit selbst fand vor allem im Feld sogenannter Gehilfentätigkeiten statt, worauf auch die zeitgenössischen Angaben „Hausgehilfin“, „Küchenhilfe“, „Landhilfe“ oder „Hilfspfleger“ deuten. Hierbei handelte es sich um körperlich schwere, schmutzige oder monotone Arbeiten in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft, in der Hauswirtschaft oder im Handwerk. Die Einbringung der Ernten in den Sommermonaten, der Holzschnitt in Waldgebieten, das Schieben der Betten bei Luftalarmen in Krankenhäusern, das Tragen von Patienten in den Luftschutzkeller, das Putzen der Stationen, die Bewältigung von Wäschebergen in den Krankenhauswäschereien, das Spülen des Geschirrs, Botengänge und die Hilfestellung bei der Versorgung und Betreuung der Kinder in

kinderreichen deutschen Pfarrerfamilien beschreiben die Tätigkeitsfelder von Ausländern. Hierbei war es westlichen Ausländern noch am ehesten möglich, eine qualifizierte Tätigkeit auszuüben, doch oft blieben auch sie auf die Durchführung von Hilfsarbeitertätigkeiten beschränkt.

„Ostarbeitern“ und „Ostarbeiterinnen“ war es so gut wie unmöglich in qualifizierte Tätigkeiten zu gelangen, und Einzelbeispiele qualifizierter Beschäftigung bestätigen dies eher.

Mit diesen Hilfstätigkeiten war eine Entlohnung verbunden, die sich an einem geringen Grundlohn orientierte und dann noch nach Alter, Geschlecht und Nationalität abgestuft war. Da viele der in kirchlichen Einrichtungen feststellbaren Beschäftigten jugendliche „Ostarbeiterinnen“ waren, galt besonders für sie diese dreifache Diskriminierung. Dennoch war die Lohnhöhe wohl nicht das entscheidende Kriterium für die Benachteiligung der Ausländer. Für sie waren Fragen einer ausreichenden Ernährung, Versorgung und einer gewissen Freizügigkeit viel entscheidender.

Über die Ernährung in den kirchlichen Einrichtungen lassen sich nur sehr allgemeine Angaben machen. Die sehr stark diskriminierenden Regelungen für „Ost-

arbeiter“ bezogen sich im Wesentlichen auf die Lagerverpflegung und nicht auf die Verpflegung in der „Einzelunterbringung“, in der Landwirtschaft oder Hauswirtschaft. Für die in Privathaushalten eingesetzten „Ostarbeiterinnen“ galten sogar offiziell dieselben Rationen wie für die deutsche Familie.

Bei der Versorgung mit Gebrauchsgütern verweisen die spärlichen Quellen eher auf einen existenziellen Mangel, seien es die Schuhe, welche die Schuhmacherei in der Kreuznacher Diakonie für die nur mit Segeltuchschuhen zur Zwangsarbeit deportierten „Ostarbeiter“ des Niederreidenbacher Hofes anfertigen sollte oder die fehlenden Mäntel für die Franzosen auf dem Gutshof der Kaiserswerther Diakonie.

Die Wohnsituation war für die im „Einzeleinsatz“ tätigen Ausländer bei den kirchlichen Einrichtungen besser als für diejenigen in großen Lagern der Kommunen oder der Industriebetriebe. Die meisten Zwangsarbeiter in Einrichtungen der Kirchen wohnten in abgetrennten Bereichen der Einrichtungen. Die von Deutschen getrennte Unterbringung war die Voraussetzung dafür, überhaupt ausländische Arbeitskräfte zugewiesen zu erhalten. Nur in zwei überlieferten Fällen – bei der Diakonissenanstalt Düsseldorf-Kaisers-

werth und dem Evangelischen Krankenhaus Düsseldorf – wurden die Unterkünfte in deutschen Akten als „Lager“ bezeichnet. Diese Angabe scheint aber eher der zeitgenössischen Gründlichkeit der Erstellung einer Lagerliste geschuldet zu sein, als dass damit ausgeschlossen wäre, dass nicht auch in anderen Einrichtungen die Unterbringung in lagerähnlichen Verhältnissen geschah. Die absoluten Zahlen der Zwangsarbeiter, die in einzelnen kirchlichen Einrichtungen untergebracht waren und dort tätig sein mussten, blieben jedoch gering und haben nirgendwo 20 Ausländer, die zugleich am selben Ort wohnten, überschritten.

Bei der Nutzung kirchlicher und diakonischer Einrichtungen als Unterkünfte für Zwangsarbeiter von Firmen oder Kommunen war dies jedoch anders. Hier entstanden zumindest kleinere Lager. Die Benutzung kirchlicher Einrichtungen als Unterkunft für Ausländer, in einem Fall auch für KZ-Häftlinge, fand vielerorts mit Wissen, Duldung oder sogar aktivem Bemühen der kirchlichen Träger statt. Sie ordneten sich in die Kriegsnotwendigkeiten ein und verfolgten auch eigene Interessen, die eine Erhaltung des Besitzes und ein Überleben der Einrichtungen zum Ziel hatten. Der seit 1942 einsetzende Bomben-

krieg hat Deutsche wie Ausländer in den Einrichtungen getroffen. Diskriminierungen hinsichtlich der Benutzung von Bunkern bzw. Schutzräumen sind nicht überliefert.

Dennoch beruhte die relativ bessere Behandlung der Zwangsarbeiter bei evangelisch-kirchlichen Einrichtungen nicht auf ihrem Charakter als kirchliche Einrichtung, sondern hatte mit den Arbeitsfeldern der Landwirtschaft und Hauswirtschaft zu tun, in denen Ausländer es tendenziell leichter hatten, mit ihren deutschen Arbeitgebern in einen persönlichen Kontakt zu kommen und so als Individuum wahrgenommen zu werden.

Die Ausländer, hier insbesondere die Polen und „Ostarbeiter“, waren allerdings Fremde, deren Anwesenheit mit Skepsis betrachtet wurde. Sie galten im Feld der Krankenfürsorge als ungeliebte Patienten, die zudem, wie am Beispiel der „Ostarbeiterkrankenbaracke“ in Bad Kreuznach zu sehen ist, der Einrichtung Schwierigkeiten verursachten, dies nicht nur wegen der von ihnen ausgehenden Infektionsgefahr, sondern auch als Objekte einer rassistischen Gesundheitspolitik im NS-Staat. So wurden die Diakonieanstalten Bad Kreuznach mit Zwangsabtreibungen konfrontiert und machten sich daran genauso

schuldig wie die Stiftung Tannenhof, die drei „Ostarbeiter“ im Januar 1944 der wegen der „Euthanasie“ berüchtigten „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“ überantwortete.

Nur in alltäglichen Arbeitsbeziehungen bestand die Chance, insbesondere für „Ostarbeiterinnen“, die als willig und lenkbar beschrieben wurden, die Anerkennung ihrer deutschen Vorgesetzten durch gute Arbeit zu erreichen. Einzelne solidarische Akte – auch mit Blick auf Seelsorge- oder Missionsbemühungen – beschreiben hier mehr eine Wahrnehmung der „Fremden“ in einem Herrschaftsverhältnis als in Kategorien von Emanzipation. Dieses Herrschaftsverhältnis war teilweise ein traditionelles und hatte seine Ursachen in den unqualifizierten und schlecht bezahlten Tätigkeiten, für die Ausländer bereits seit Jahrzehnten in Deutschland immer wieder herangezogen wurden. Diese Tradition der Ausländerbeschäftigung wurde jedoch zunehmend politisch und rassistisch aufgeladen, indem man es mit „Gefangenen“ und Zwangsarbeitern zu tun bekam. Diese galt es abgestuft zu behandeln. Insbesondere die Osteuropäer mit fremder Sprache und Kultur hatten es auch in kirchlichen Einrichtungen schwer, vom ‘nächsten Fremden’ zum ‘fremden Nächsten’ zu werden.

Die überscharfe Wahrnehmung der ehemaligen Zwangsarbeiter als Gefahr in der letzten Kriegsphase und der unmittelbaren Nachkriegszeit konturiert die Tatsache, dass auch in Kirche und Innerer Mission die rassistische Propaganda des NS-Regimes nicht ohne Wirkung geblieben war. Der bereitwillige Einsatz z.B. der Evangelischen Kirche im Rheinland für die Begnadigung von Gestapobeamten, die in Wuppertal am Kriegsende „Ostarbeiter“ hingerichtet hatten, beleuchtet die auch hier verbreitete Sichtweise. Ordnungsdenken und Herrschaftssehnsucht liess auch die nun befreiten Ausländer zunächst als Bedrohung erscheinen. Als die ehemaligen Zwangsverschleppten schließlich von den Alliierten als Fürsorgeobjekte behandelt wurden und sich zudem über deren Not auch die Schärfung der internationalen Sicht auf das deutsche Flüchtlingsproblem betreiben ließ, engagierte sich seit 1950 auch das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Bewältigung dieser Kriegsfolge. Dabei wurde nicht darüber reflektiert, dass man selbst möglicher vorheriger Arbeitgeber der jetzt DPs, Displaced Persons, genannten ehemaligen Zwangsarbeiter gewesen war. Das Machtgefälle zu den Ausländern, die als erste gesetzlich abgesicherte Zuwanderergruppe, als „Heimat-

lose Ausländer“, in Westdeutschland Randgruppenexistenzen blieben, bestand fort. An ihnen wurde auch von kirchlicher Seite die erste „Ausländerbetreuung“ der Nachkriegszeit erprobt, die dann seit 1960 in die Betreuung der sogenannten Gastarbeiter Westdeutschlands überging.

Die Zwangsarbeiter und ihre Geschichte in den kirchlichen Einrichtungen gerieten so sehr in Vergessenheit, dass ihre Schicksale erst sechzig Jahre später wieder mit einem beispiellosen Rechercheaufwand aus der Versenkung geholt werden mussten. Die Zeit des Zweiten Weltkrieges in Kirche und Diakonie insgesamt stellte sich dabei als historiographisches Desiderat heraus, das es durch weitere Forschungen aufzulösen gilt.

Berlin, im April 2002

¹ Siehe für wissenschaftliche Belege der folgenden Ausführungen Uwe Kaminsky, *Dienen unter Zwang. Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkriegs*, Köln 2002.

² Es liegt zudem eine Datenbank mit 450 (Stand Januar 2002) namentlich in evangelischen Einrichtungen des Rheinlands nachweisbaren Ausländern vor, die für erforderliche Nachweise für Zahlungen aus der Bundesstiftung benutzbar ist.

Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften in den Einrichtungen der Kreuznacher Diakonie von 1940-1945

Ulrike Winkler

Einleitung

„Fremde werden stehen und eure Herde weiden, und Ausländer werden eure Ackerleute und Weingärtner sein.“¹

Dieser Vers ist dem 3. Kapitel der Diakonie-Jubiläumsschrift „Unter der Wolke“ von 1949 vorangestellt. Pfarrer Hanke, seit 1932 Vorsteher der Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach, beschreibt dort das Einrücken der amerikanischen Armee in Bad Kreuznach und die Etablierung der französischen Streitkräfte als „endgültiger Besatzungsmacht“.²

Die tatsächlichen „fremden Ackerleute“, die die Diakonie-Anstalten während des Zweiten Weltkrieges beschäftigten, finden in Hanks Schrift einige Seiten später Erwähnung:

„In der Bibel steht zu lesen, dass sich den Kindern Israel bei ihrem Auszug zur Wüstenwanderung unter der Wolke auch viel fremdes Volk angeschlossen habe. Sie mögen eine Weile mitgewandert sein, diese Fremdlinge...

Uns ist es in den hinter uns liegenden Wanderjahren nicht anders ergangen. Mancher hat sich an uns gehängt, mancher ist für eine Weile bei uns untergekrochen Wir, die Gott zu seinem Volk und zu Schafen seiner Weide gemacht hat, wir haben uns in herzlichem Erbarmen der Fremdlinge anzunehmen und haben es auch getan. ... Ukrainer, Polen, Rumänen, zum Hilfsdienst im Kriege aus der Heimat verschleppt, sind unsere Gäste und Helfer in der Arbeit gewesen...“³

Dieser aus heutiger Sicht etwas selbstgefällig wirkende Rückblick auf die „Fremdlinge“ entsprach diakonisch-christlichem Selbstverständnis: Zuflucht, Herberge und Hilfe, gewährt von diakonischer Seite - Dankbarkeit, die sich in Arbeitsleistung materialisierte, erbracht von der anderen, der „fremden“ Seite.

Von Juli 1940 bis Mai 1945 beschäftigte die *kreuznacher diakonie* ausländische Arbeitskräfte als Ersatz für die zur Wehrmacht und zur Dienstpflicht eingezogenen

deutschen Beschäftigten. Die Gesamtzahl der von der Diakonie eingesetzten Ausländerinnen und Ausländer ist allerdings verhältnismäßig gering gewesen.⁴ Denn trotz der Übernahme eines Lazaretts und einer „Ostarbeiterkrankenbaracke“ – kleine, aber unverzichtbare Bestandteile zur Durchsetzung nazistischer Militär- und Wirtschaftspolitik –, ist die Diakonie kein wehrwirtschaftlich relevanter „Einsatzträger“ gewesen, an dessen Produktivität die Arbeitsverwaltung ein großes Interesse besessen hätte. (Allerdings ist den Arbeitskräftenanforderungen der Kreuznacher Diakonie und ihrer Nebenanstalten stets zu deren Zufriedenheit, abgesehen von gelegentlicher Kritik an der Qualifikation der Zugewiesenen, entsprochen worden.)

Untersucht wurden, neben der Hauptanstalt in Bad Kreuznach, die Außenanstalten Eremitage, der Niederreidenbacher Hof, die Asbacher Hütte, der Hüttenberg bei Sobernheim, Rheinwaldheim, die Erziehungsanstalt Niederwörresbach und schließlich die „rheinische Enklave“ Kleinrechtenbach, die bei Wetzlar liegt.

Für alle Einrichtungen, außer für das Rheinwaldheim und den Hüttenberg, konnten sowohl ausländische ZivilarbeiterInnen

als auch Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz nachgewiesen werden.

Die Kreuznacher Diakonie und der Niederreidenbacher Hof zeichneten sich darüber hinaus durch verschiedene Besonderheiten aus, die einer eingehenden Erforschung bedurften. Die Diakonie in Kreuznach hatte die medizinische und pflegerische Betreuung der FremdarbeiterInnen im Kreis Kreuznach zu gewährleisten. Bereits vor der Aufstellung der Krankenbaracke kam es zu erheblichen Konflikten zwischen der Diakonie und den Auftrag gebenden Behörden, dem Arbeitsamt und dem Gesundheitsamt, die sich hinsichtlich der medizinischen und pflegerischen Betreuung der erkrankten AusländerInnen bis zum Kriegsende hinziehen sollten.

Eine zusätzliche Belastung für die Diakonie und ihre Beschäftigten trat auf, als das Gesundheitsamt im Frühsommer 1943 einen Arzt der Diakonie mit Schwangerschaftsunterbrechungen an sog. Ostarbeiterinnen beauftragte. Der von der Leitung der Diakonie eingelegte Protest und die auf ihn folgenden staatlichen Reaktionen werden im Kontext weiterer Bemühungen um einen Abtreibungsstopp nachgezeichnet. Dieses Kapitel illustriert anschaulich das mehr oder weniger austa-

rierte, jedoch stets störungsanfällige Behörden-Beziehungsgeflecht vor Ort bzw. auf regionaler Ebene, in dem sich die Diakonie befand und zu dem sie sich verhalten musste.

Der Niederreidenbacher Hof wiederum fungierte als sog. Durchgangslager des Arbeitsamtes Idar-Oberstein. Die insbesondere aus der UdSSR zur Arbeit ins Deutsche Reich verbrachten Menschen kamen für einige Tage auf dem Hofgut unter, wurden dort gepflegt und schließlich an die Landwirte der Umgebung verteilt. Auf diese im diakonischen Bereich bislang einmalige Praxis wird im folgenden ausführlich eingegangen.

Bei alledem war zu berücksichtigen, dass die Diakonie-Anstalten selbst im Spannungsfeld zwischen evangelischer Kirche mit ihren divergierenden Flügeln und dem Central-Ausschuss für Innere Mission standen.⁵ Die praktizierte Fürsorge für geistig behinderte Menschen, die nach nationalsozialistischer Auffassung lebensunwertes Leben darstellten und daher zu töten oder zu sterilisieren waren, sorgte für weiteres Konfliktpotenzial.⁶ Die Konkurrenz zur NSV⁷ um pflegerische und erzieherische Dienste für und an der deutschen „Volksgemeinschaft“ prägte ebenfalls die Situation der Diakonie-Anstalten und hatte ins-

besondere Auswirkungen auf deren finanzielle Situation.

Neben der möglichst vollständigen Erhebung von aussagekräftigen persönlichen Daten standen die Rekonstruktion der Lebensumstände der FremdarbeiterInnen, die Beschreibung ihres (Arbeits-)Alltags und ihre Behandlung von Seiten der Anstalt, ihren Leitern und Beschäftigten, im Mittelpunkt des Interesses.

Dank einer im Vergleich zu sonstigen diakonischen Einrichtungen guten und reichhaltigen Überlieferungssituation, die sich nicht nur im Archiv der *kreuznacher diakonie* widerspiegelt, sondern auch einige Bestände des Landeshauptarchivs Koblenz einschließt, ergibt sich ein – noch ergänzungswürdiges, aber bereits jetzt facettenreiches – Bild der Diakonie im Umfeld des Rahmenthemas ‘Zwangsarbeit’.

Die gut erhaltenen und ergiebigen Unterlagen der AOK Bad Kreuznach und Idar-Oberstein sowie die Personenstandsakten der Stadt Bad Kreuznach ergänzen die Quellen. Besonders lebendig wurde das Thema „Diakonie im Krieg“ durch verschiedene mit Diakonissen und einem ehemaligen Beschäftigten geführte Interviews. Ihren Erinnerungen an die fast vergessenen ZwangsarbeiterInnen verdankt diese Arbeit wertvolle und hilfreiche Impulse.

Trotz der vergleichsweise guten Überlieferungssituation: Die von der Diakonie eingesetzten FremdarbeiterInnen erschienen, wenn sie nicht polizeiauffällig wurden und die NS-Bürokratie beschäftigten, zumeist als amorphe und anonyme Gruppierung, als „kollektives Verwaltungsgut“.⁸ Die für einige der ausländischen Arbeitskräfte erstellten Biogramme wagen deshalb den Versuch, diese als Individuen wieder sichtbar werden zu lassen.⁹

Erkennbar wurden Menschen, deren Leben und Lebensplan beträchtlich von ihrer Verschleppung ins Deutsche Reich und ihrem Einsatz in den Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach beeinflusst und die vermutlich für ihr Leben gezeichnet wurden.

Begriffsklärung

„Fremdarbeiter“, „ausländischer Zivilarbeiter“, „Zwangsarbeiter“

In vorliegender Kurzdokumentation wird der Begriff des „Fremdarbeiters“ neben dem des „ausländischen Zivilarbeiters“ und des „Zwangsarbeiters“ verwandt.

Unter den Begriff des „Fremdarbeiters“ fielen alle ausländischen Arbeitskräfte: der polnische oder französische Kriegsgefangene ebenso wie der „zivile“, also keinem militärischen Kampfverband angehörende Ukrainer oder Weißrusse. Während der Begriff des „Fremdarbeiters“ und des „Zivilarbeiters“ Quellenbegriffe, also zeitgenössische sind und vorliegend in ihrer historischen Bedeutung Verwendung finden, drückt der Begriff des „Zwangsarbeiters“ „unter Berücksichtigung der Umstände sowohl der Rekrutierung wie der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland eine Bewertung des Schicksals des Betroffenen aus“.¹⁰

Nicht jeder ausländische Zivilarbeiter war (zunächst) immer auch ein Zwangsarbeiter.

Es gab gerade zu Beginn des Krieges Personen aus verbündeten Staaten, Ungarn oder Italien (bis 1943), aber auch aus Frankreich, Polen oder Luxemburg, die

ohne behördlichen Zwang als Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen waren. Getrieben wurden die meisten jedoch von ökonomischer Not im Herkunftsland, die von den deutschen Behörden forciert wurde. So führten beispielsweise Schließungen von Betrieben in den besetzten Ländern und die Zuführung von Rohstoffen ausschließlich an deutsche Firmen zu Arbeitslosigkeit, der Entzug von Nahrungs- und Futtermitteln zu Hunger und Zerstörung der Landwirtschaft. Ein befristeter Einsatz beim Kriegsgegner bzw. Verbündeten schien daher für viele ein kurzfristiger Ausweg aus Arbeitslosigkeit und Not zu sein.

Wo die Arbeitskraft nicht „freiwillig“ zur Verfügung gestellt wurde, erzwangen Arbeitsverwaltung, Polizei und bei Bedarf auch die Wehrmacht die Bereitstellung von Arbeitskräften mit brachialer Gewalt. Dies war spätestens seit Mitte 1941 in Polen und seit dem Frühjahr 1942 in der Sowjetunion der Fall, als die tatsächlichen Umstände des Arbeitseinsatzes – insbesondere für Polen und sog. „Ostarbeiter“¹¹ – in den jeweiligen Heimatländern bekannt wurden.

Je nach Nationalität bzw. ethnischer Herkunft unterlagen die AusländerInnen einer rassistisch motivierten Klassifizierung.

So standen die sog. „nordischen Völker“, etwa Flamen, Niederländer und Skandinavier, an der Spitze der Fremdarbeiter und waren deutschen Arbeitern weitgehend gleichgestellt, gefolgt von Angehörigen sog. „romanischer Völker“, also zum Beispiel Franzosen oder Italiener, bis hin zu den sog. „slawischen Völkern“. Polnische und sowjetische Arbeiterinnen und Arbeiter, die durch die restriktiven „Polen-“ bzw. „Ostarbeitererlasse“ empfindlich in ihren elementarsten Bedürfnissen reglementiert bzw. entrechtet wurden sowie einer ständigen Unsicherheit hinsichtlich ihrer körperlichen Unversehrtheit ausgesetzt waren, nahmen – allerdings noch vor Juden, Sinti und Roma – den untersten Platz in dieser Hierarchie ein.

Ausländische ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangene in den Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach und ihren Nebenanstalten - Ein statistischer Überblick

Die Diagramme auf den folgenden Seiten bieten eine Zusammenschau des Ausländereinsatzes in den Diakonie-Anstalten hinsichtlich

- der Anzahl
- des Einsatzortes
- der Einsatzart
- des Einsatzverlaufs
- der Herkunft
- der Verteilung auf Frauen und Männer
- und des Alters

der eingesetzten ausländischen ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangenen.

Anzahl und Einsatzorte

Insgesamt konnten für die Diakonie in Bad Kreuznach und ihre Nebenanstalten 81 ausländische Arbeitskräfte ermittelt werden. 16 von ihnen waren Kriegsgefangene, 65 ZivilarbeiterInnen. Die Arbeitskräfte wurden sowohl in Kreuznach wie auch auf dem Niederreidenbacher Hof, auf der Eremitage, in Niederwörresbach und in Rechtenbach eingesetzt. Die Asbacher Hütte findet nachstehend keine eigene Erwähnung, da sie sich einen Kriegsgefangenen vom Niederreidenbacher Hof lediglich „auslieh“. Dieser wird daher dem Hofgut zugerechnet.

In Zahlen:

Einrichtung	Insgesamt	davon ZivilarbeiterInnen	davon Kriegsgefangene
Kreuznach	38	38	0
Nrdb. Hof	37	22	15
Eremitage	4	4	0
Nd.wörresbach	1	0	1
Rechtenbach	1	1	0
Gesamt	81	65	16

Einsatzbereiche

Während die Kriegsgefangenen sämtlichst in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten, verteilten sich die Einsatzgebiete der ZivilarbeiterInnen auf die Bereiche Hauswirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, auf die sog. Ostarbeiterkrankenbaracke und die Schuhmacherei. Die Arbeiten in der Hauswirtschaft sowie die pflegerischen Dienste wurden überwiegend von jungen Frauen aus Osteuropa bzw. den Niederlanden versehen. Die Landarbeit oblag mehrheitlich den männlichen Zivilarbeitskräften ebenso wie die Arbeit in der Schuhmacherei. Nach Bombenangriffen Ende 1944/Anfang 1945 wurden Ausländer zu Entrümmerungsarbeiten herangezogen.

Einsatzverlauf der Kriegsgefangenen

Das nachfolgende Diagramm gibt Aufschluss über die monatliche Verteilung der Kriegsgefangenen. Auffallend ist ihr Anstieg auf 16 Personen im Winter 1940 und ihr rapider Abfall im Januar/Februar 1941, der aus vorliegenden Dokumenten nicht zu klären ist. Ihre Zahl fiel noch weiter auf etwa 8 – 9 Personen, um dann konstant zu bleiben.

Einsatzverlauf der ZivilarbeiterInnen

Der Einsatz von ZivilarbeiterInnen war relativ konstant und lag durchschnittlich zwischen 15 und 20 Personen. Die hohe Zahl im Januar 1945 erklärt sich aus Arbeitern, die zu Entrümmerungsarbeiten eingesetzt worden sind.

Nationalitäten

Die ausländischen Arbeitskräfte kamen aus mindestens fünf verschiedenen Staaten.

43 Menschen stammten aus der UdSSR. Den zweithöchsten Anteil stellten französische Staatsbürger. Weiterhin kamen vier Personen aus Polen, drei aus den Niederlanden. Eine Frau stammte aus Luxemburg. Die Herkunft von zwei Personen konnte nicht eindeutig geklärt werden.

Frauen und Männer

Legt man die Gesamtzahl (81) aller ausländischen Arbeitskräfte (also inklusive der Kriegsgefangenen) zugrunde, dann betrug der Anteil der Frauen (35 Personen) etwa 43 %.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn nur die männliche Vergleichsgruppe der Zivilarbeiter (31 Personen) berücksichtigt wird. Der Frauenanteil liegt dann bei 53 % der Gesamtgruppe (66 Personen).

Alter

Die Jahrgänge der ZivilarbeiterInnen bildeten insgesamt sieben Jahrzehnte ab. Die älteste ausländische Arbeiterin war 1873, der jüngste 1931 geboren worden. Das nachfolgende Diagramm dokumentiert, dass auch in den Diakonie-Anstalten (hinsichtlich des Alters) „die klassische“ Zivilarbeiterin Verwendung fand, nämlich jene, die in den 1920er Jahren geboren war und zum Zeitpunkt ihres „Reichseinsatzes“ etwa 20 Jahre alt und allgemein als sehr leistungsfähig und gut lenkbar angesehen wurde.

Überwiegend handelte es sich um „Ostarbeiterinnen“, welche die größte Gruppe unter den ab 1920 und später Geborenen bildeten. Die Gruppe zwischen 1900 und 1919 Geborenen wurde von französischen Staatsbürgern dominiert. Die Jahrgänge vor 1900 waren sämtlich Frauen aus der UdSSR.

(Die Kriegsgefangenen konnten hier nicht berücksichtigt werden, da Angaben zu ihren Geburtsjahrgängen nicht zu ermitteln waren.)



Abb 1.

Blick auf die Häuser Alt-Bethanien, Emma-Reich-Halle, Pella und Paulinum (v.l.) ca. 1936

Die Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach

Im Oktober 1889 wurde das II. Rheinische Diakonissenmutterhaus in Sobernheim / Nahe von Pfarrer Hugo Reich gegründet.¹² Bereits 5 Jahre später schloss die Diakonie einen Vertrag mit der Stadt Kreuznach, der die Übersiedlung des Mutterhauses nach Kreuznach regelte. 1899 wurden die Häuser Bethesda und Bethanien von der Diakonie bezogen, die für behinderte Menschen vorgesehen waren. In dasselbe Jahr fällt die Eröffnung des Sickenhauses. 1900 wurde schließlich das neue Mutterhaus mit Krankenhäusern in Kreuznach eröffnet, 1903 zog die Verwaltung endgültig von Sobernheim nach Kreuznach um. 1932 löste Pfarrer Johannes Hanke¹³ Hugo Reich als Vorsteher ab. Ebenfalls 1932 wurde Schwester Elisabeth Jaeger neue Vorsteherin.

Aufgaben und Herausforderungen an Leitung, Ärzteschaft, Diakonissen und Personal waren umfangreich, kompliziert und vielfältig. So galt es, neben der Verwaltung der Anstalten die tägliche Versorgung und Betreuung von 1.158 Pflinglingen, PatientInnen und Alten im Jahre 1939¹⁴ bis hin zu über 2.800¹⁵ Menschen (Beschäftigte und Bewohner) im Jahre 1943 sicherzustellen. Die Diakonie-Anstalten Kreuz-

nach versuchten, weitgehend autark zu sein, und unterhielten eigene Werkstätten und Versorgungseinrichtungen. Im Verlauf des Krieges kam diesem traditionellen Prinzip diakonischer Einrichtungen besondere Bedeutung zu.

Ab Herbst 1939 hatte die Diakonie im Auftrag der Wehrmacht zunächst ein Reservelazarett mit 300 Betten einzurichten.¹⁶ Im Januar 1943 zählte das Reservelazarett bereits 395 Betten,¹⁷ im September 1944 wurde es endgültig Kriegslazarett.

Der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften

Die Beschäftigung von Fremdarbeitern und Fremdarbeiterinnen in der Zentralverwaltung der Diakonie-Anstalten in Bad Kreuznach ist von Juni 1942 bis Mai 1945 belegt.

Insgesamt wurden 38 AusländerInnen aus fünf Nationen eingesetzt: 20 ArbeiterInnen aus der UdSSR, 13 Männer aus Frankreich, 3 Niederländerinnen sowie 1 Luxemburgerin. Die Herkunft eines Krankenpflegers konnte nicht zweifelsfrei geklärt werden.

Der Frauenanteil unter den ausländischen Arbeitskräften lag bei etwa 66%. Die Geburtsjahrgänge der FremdarbeiterInnen bewegten sich zwischen den Jahren 1873 und 1931, d.h. die älteste ausländische Arbeitskraft (Irina P.) war zum Zeitpunkt ihres Einsatzes 71, die jüngste (Margarethe L.) 14 Jahre alt.

Die Beschäftigungsdauer lag zwischen wenigen Tagen (Jan D.) und 27 Monaten (Olga J.). Durchschnittlich (von Juni 1942 bis April 1945) wurden 11 AusländerInnen beschäftigt, wobei deren niedrigste Zahl bei 5 und deren höchste Zahl bei einmalig 20 lag.

Hauswirtschaft

Mit der Einrichtung des (Reserve-) Lazaretts ab Oktober 1939 wuchsen die personellen Bedürfnisse der Diakonie, insbesondere im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung.

Verschiedene Vorstandsprotokolle benennen den Mangel an Hausgehilfinnen als großes Problem: „Der Hausgehilfinnenmangel wird immer drückender“.¹⁸ Die Gewinnung von neuen deutschen Arbeitskräften erwies sich als schwierig bzw. fast unmöglich:

„Das Pflichtjahr und der weibliche Arbeits-

dienst, der starke Bedarf an weiblichen Arbeitskräften in Handel, Verkehr und Industrie ließen kaum noch junge Mädchen für die Arbeit als Hausangestellte übrig. Erschwerend kam hinzu, dass auch unsere Haushaltspensionate Rheinwaldheim und Marthaheim aus denselben Gründen nicht mehr den Zuspruch wie früher fanden.“¹⁹

Im Frühjahr 1942 erfuhr die Personalsituation in der Diakonie ihre Zuspitzung:

„In unserer Gefolgschaft macht es sich immer stärker bemerkbar, dass die eingearbeiteten, gesunden und auch persönlich wertvollen Menschen immer rarer werden. Überall in Betrieben und Werkstätten läuft die Arbeit im Zeichen des Behelfs. Ganz besonders schwierig ist die Gewinnung von geeigneten und zahlenmäßig genügend Hausangestellten. Ein halbes Jahr hindurch waren 7 Arbeitsmädchen im Kriegshilfsdienst bei uns eingesetzt. Diese sind uns nunmehr entzogen, da sie nur noch für Behörden und wehrwirtschaftliche Betriebe in Frage kommen. Die dadurch entstandene Lücke ist noch nicht ausgefüllt worden.“²⁰

Die Personallücke konnte indes im Frühsommer 1942 geschlossen werden: Ab dem 9. Juni waren acht „Ostarbeiterinnen“ in der Hausarbeit in den Lazaretten eingesetzt. Pfarrer Hanke begrüßte deren Arbeitseinsatz:

„Es sind kräftige und sehr arbeitswillige Mäd-

chen, an denen wir wahrscheinlich mehr Freude haben werden als an unseren Hausgehilfinnen, welche mehr und mehr in die Rüstungsindustrie eingezogen werden.“²¹

Die „Ostarbeiterinnen“ blieben, mit einer Ausnahme, bis zum Juli bzw. August 1944 als Hausgehilfinnen in der Diakonie eingesetzt. Danach wurden sie in die Rheinböller Hütte, einer unterirdischen Geschossgießerei im Hunsrück, versetzt. Eine Diakonisse, Sr. Sophie B., erinnert sich an deren Abschied bei der Oberin, Sr. Elisabeth Jaeger:

„In diesem Vorzimmer haben diese Sänger [die „Ostarbeiterinnen“, U.W.] gestanden und ihr zum Abschied ein Lied gesungen. Sie [Sr. Elisabeth, U.W.] hat das auch nicht verstanden, es war ja ihre [deren, U.W.] Muttersprache und ich hab’ nur gesehen, dass sie sich die Tränen abgewischt haben, wie sie sich von ihr verabschiedet haben.“²²

Insgesamt verfügten die Diakonie-Anstalten von Juni 1942 bis März 1945 über 13 ausländische Hausgehilfinnen: 2 Französischen, 3 Niederländerinnen und die bereits erwähnten 8 „Ostarbeiterinnen“, die sämtlich aus Russland stammten. Ihre Geburtsjahrgänge bewegen sich zwischen 1907 und 1930. So war die Jüngste, die Niederländerin Margarethe L., gerade 14 Jahre alt, als sie für die Diakonie arbeitete.

Schuhmacherei

Von 13 männlichen ausländischen Arbeitskräften, die die Diakonie beschäftigte, kamen 2 aus der UdSSR. Dies waren Ignacj Z. und Nicolai W., die vom 2. bzw. 1. Februar 1943 bis zum 25. April (!) 1945 als Schuhmacher beschäftigt wurden. Die beiden 1890 und 1924 Geborenen waren für die Diakonie Kreuznach gewiss unentbehrlich, stellte doch gerade die Reparatur und die Herstellung von Schuhen angesichts der großen Anzahl der Pfleglinge, der eingeschränkten Rohstoffsituation und der Einberufung deutschen Personals ein eklatantes und anhaltendes Problem dar.

Gärtnerei

Die Diakonie-Anstalten unterhielten auf ihrem Gelände diverse Nutz- und Gemüsegärten, mindestens zwei Treibhäuser und einen Ziergarten. Insgesamt pflanzten – zumindest Anfang 1943 – zwei Meister, die von 5 Gartenarbeitern und einem Landjahrjungen unterstützt wurden, Gemüse, Obst und Kartoffeln an. Im Zuge der sich verschlechternden Versorgungslage dürfte der Eigenanbau eine nicht unerhebliche Rolle zur Sicherung der Ernährung von Pfleglingen, PatientInnen und Personal gespielt haben.

Ab August 1944 wurde die Gartenarbeit von zwei sowjetischen Frauen, den Geschwistern Jerina und Sava P., versehen. Diese beiden fielen hinsichtlich ihres Alters vollkommen aus dem Rahmen der sonst in Diakonie und Nebenanstalten beschäftigten FremdarbeiterInnen. Beide waren nämlich zum Zeitpunkt ihres Einsatzes bereits 71 bzw. 69 Jahre alt und haben gewiss keine vollwertige Arbeitsleistung mehr erbringen können.

Die Schwestern verließen am 1. April 1945, also fast 14 Tage nach der Befreiung Bad Kreuznachs, die Diakonie mit unbekanntem Ziel.

Die „Ostarbeiterkrankenbaracke“

Mit dem massenhaften „Ostarbeiterersatz“ im Frühjahr 1942 reichten die Kapazitäten des Kreuznacher Kreiskrankenhauses (heutiges St. Marienwörth), das bis dahin für die Versorgung von AusländerInnen zuständig gewesen war, nicht mehr aus. Daher sollten für die vielen hundert ZwangsarbeiterInnen in Bad Kreuznach und Umgebung Krankenbaracken aufgestellt werden.²³

Der Landrat des Kreises Kreuznach, Konrad Noell, befand das Gelände des Kreiskrankenhauses als „nicht geeignet, da es viel zu eng und auch zu unübersichtlich“²⁴

sei. 14 Tage später meldete das Landesarbeitsamt Rheinland in Köln, dass „nach Verhandlungen zwischen dem Arbeitsamt Kreuznach und der Diakonieanstalt in Bad Kreuznach ... die für Kreuznach vorgesehene Baracke nunmehr auf dem Gelände der Diakonieanstalt in Kreuznach aufgestellt“²⁵ würde.

Hinsichtlich der ärztlichen, pflegerischen und wirtschaftlichen Versorgung der zu erwartenden kranken FremdarbeiterInnen bestand Uneinigkeit zwischen dem Landesarbeitsamt Rheinland und der Direktion der Diakonie. Die strittigen Punkte fasste Anstaltsleiter Pfarrer Johannes Hanke im Juli 1942 zusammen:

„Es ist uns nicht möglich, irgendwelches Pflegepersonal für diesen Zweck frei zu machen, auch sind wir nicht in der Lage, die Versorgung der Kranken von unsere [sic] Küche und Waschküche vorzunehmen. Die nächstgelegene Küche hat bis zu dem in Aussicht genommenen Platz einen Weg von mindestens 400 m zurückzulegen, zudem ist diese Küche bereits durch zusätzliche Versorgung eines Lazaretts mit 180 Insassen überbelastet; dasselbe gilt von der Waschküche, Wie weit eine ärztliche Versorgung von unseren Krankenanstalten aus möglich ist, vermag der Unterzeichnete [sic] nicht zu beurteilen, da diese Frage den Herrn Chefarzt angeht, welcher z.Zt. in Urlaub ist.“²⁶

Gleichwohl entfalteten die geäußerten Bedenken keine Wirkung: Ende November 1942 wurden die ersten Barackenbauteile an die Diakonie-Anstalten geliefert.

Der für die Baracke vorgesehene Platz befand sich am Rande des Diakoniegeländes, am oberen Ende des anstaltseigenen Sportplatzes.²⁷ Das Gelände war „allseitig eingezäunt, von der Straße aus nicht sichtbar, noch einmal abgetrennt durch Mauern und Tannenhecken“.²⁸ Hinter diesem Grundstück wiederum waren Weinberge, die sich als Versteck für flüchtige Ausländer nicht eigneten. Die geforderte übersichtliche Unterbringung war ebenso gewährleistet wie eine mit möglichst geringem Personalaufwand durchzuführende Bewachung.

Ein überlieferter Grundriss²⁹ verdeutlicht die Situation in der Krankenbaracke, die mit einem Pfahlrostfundament versehen war und aus Holzplanken bestand. Die Baracke besaß eine Grundfläche von 162,60 m². Auf dieser Fläche fanden sich 5 Krankenzimmer mit 2, 4, 8 bzw. 9 Betten. Insgesamt standen 28 Betten für PatientInnen zur Verfügung. Zwei Toiletten mit jeweils zwei Waschgelegenheiten, ein Bad und eine Küche dienten der Versorgung und der Körperpflege der Erkrankten. In der

Nähe der beiden Eingänge war je ein Raum, der als „Wache“ bezeichnet wurde. Das Reichsarbeitsministerium³⁰ hatte die Lieferung von Öfen, Holzbettstellen, Tischen, Schemeln, Lichtenanlagen, Schlafdecken, Laken und Handtüchern in Aussicht gestellt.

Die Situation der ausländischen Patienten und Patientinnen Krankheit und Alltag

Wenig läßt sich zur persönlichen Situation der AusländerInnen in der Krankenbaracke sagen. Ihre Lage als weitgehend rechtlose, diskriminierte und zudem auch noch erkrankte Menschen in einem dürftigen Behandlungsumfeld und fern der Heimat dürfte zwar individuell verschieden, jedoch wohl zumeist als sehr belastend und auch Angst erzeugend erlebt worden sein. Zwar erlaubte ihnen ihre Arbeitsunfähigkeit ein legales Fernbleiben vom Arbeitsplatz, gleichzeitig fanden sie sich aber in einer Situation wieder, in der sie hilfsbedürftiges Objekt waren, dessen Gesundheit und auch Existenz in hohem Maße von den zuständigen Ärzten und dem Pflegepersonal abhing.

Zwar war die *ärztliche Versorgung* der FremdarbeiterInnen in langwierigen Verhandlungen geregelt worden, tatsächlich

April 1943
Juli 1943 – November 1943
Dezember 1943

Aufnahme der ersten kranken ZwangsarbeiterInnen
21 Zwangsabtreibungen an „Ostarbeiterinnen“
Aufnahme von infektionskranken ZwangsarbeiterInnen
(„Seuchenbaracke“)
Aufnahme geschlechtskranker deutscher Frauen
wahrscheinlicher Abriss der Krankenbaracke

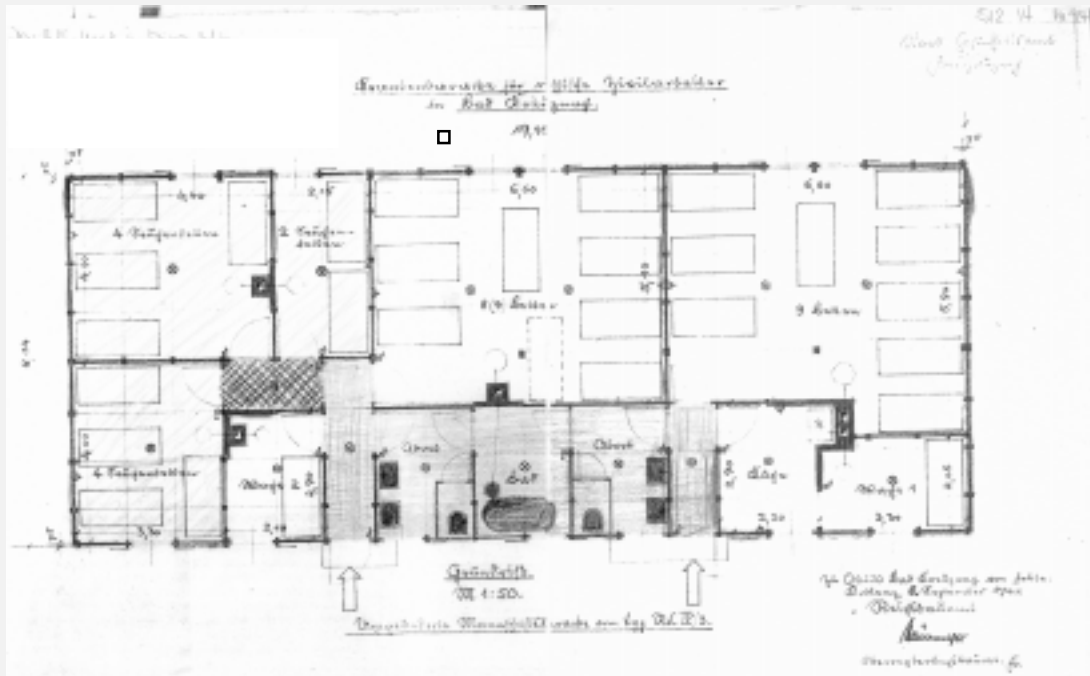


Abb 2:
Grundriß der 'Ostarbeiterbaracke' auf dem Gelände der kreuznacher diakonie

war die Betreuung seitens des „Barackenarztes“ von Beginn an nur sehr mangelhaft. Der bereits im Juni 1943 erfolgten Beschwerde³¹ Pfarrer Hankes über den „Barackenarzt“ begegnete die zuständige Stelle mit der Anregung, aus „dem Kreise der Ostarbeiter einen geeigneten Arzt für die der Diakonie-Anstalt angeschlossene Krankenbaracke anzustellen“.³² Das Gesundheitsamt war hingegen der Auffassung, dass „die Anstellung eines russ. Krankenpflegers oder einer Krankenpflegerin“³³ ausreichend sei.

Daher behandelten wohl die Diakonie-Ärzte in der Hauptsache die Schwerkranken, allerdings im Rahmen der Möglichkeiten, die ihnen die täglich anfallende Arbeit, die sich auf deutsche PatientInnen konzentrierte, erlaubte.

Zur *Ernährung* können keine Einzelheiten genannt werden, allerdings hatte die Diakonie Kreuznach zugesagt, dass sich die Nahrungsmenge für die AusländerInnen nach den „Essensportionen [richten werde], die auch sonst für Pfléglinge der Diakonie-Anstalten in Frage kommen, da infolge starker Inanspruchnahme der Küche eine besondere Essenzubereitung für Ostarbeiter nicht möglich ist.“³⁴ Da die Diakonie aber erst in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit Versorgungsproblemen zu

kämpfen hatte, kann mit hoher Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die von Pfarrer Hanke zugesagte Ernährung zwar den Kriegsumständen angepasst aber ausreichend gewesen ist.

Ein weiteres Problem stellte die kümmerliche *Ausstattung* der „OstarbeiterInnen“ dar. Oft besaßen die Menschen nicht viel mehr Kleidungs- und Wäschestücke als sie auf dem Leibe trugen, und diese waren meist unbrauchbar:

„Außerdem ist die hinreichende Ausstattung mit Krankenkleidung unbedingt erforderlich, da nur dann hygienisch einwandfreie Verhältnisse geschaffen werden können, wenn den Eingelieferten ihre verdreckte und zerlumpte Wäsche und Kleidung zur Desinfektion abgenommen werden kann. Auch an Bettwäsche und Decken muss genügend Vorrat vorhanden sein.“³⁵

Zeitweise reichte die Bettwäsche in der „Ostarbeiterbaracke“ nicht aus. Dr. Behrens:

„Oben sind 30 Betten, für 16 Betten ist Wäsche vorhanden. S. [der Lagerleiter, U.W.] benutzt gelegentlich die Wäsche doppelt. Er legt die Neugekommenen gelegentlich in das nichtbezogene alte Bett hinein.“³⁶

Zudem befand sich die Baracke in einem bedenklichen baulichen Zustand, den der Ärztliche Dienst des Gauarbeitsamtes

Moselland im Januar 1944 rügte:

„Vor allem sind die Risse in den Wänden wegen des beschränkten Vorrats an Heizmaterial und der ev. Schädigung von Kranken zu beseitigen.“³⁷

Problematisch war der *Krankentransport* zwischen dem Diakonie-Krankenhaus und der „Ostarbeiterbaracke“, die mehrere Gehminuten auseinander lagen. Eine vom Arbeitsamt zugesagte Fahrbahre (mit Segeltuchüberdachung) stand im Dezember 1943 immer noch nicht zur Verfügung, so dass die z.T. frischoperierten und mithin geschwächten ZwangsarbeiterInnen bei jeder Witterung den Weg vom Krankenhaus zur Baracke zu Fuß zurücklegen mussten.

Am 8. April 1943³⁸ wurden die ersten drei kranken Russen in die Krankenbaracke aufgenommen. Bis zum 6. Oktober 1943 wurden 132 erkrankte AusländerInnen eingeliefert³⁹. 78 Frauen und 54 Männer, deren Erkrankungs- bzw. Genesungszeiten sich zwischen 3 und 46 Tagen bewegten. Mehrfacheinlieferungen waren selten, kamen aber vor:

Der 1923 in Rußland geborene Nikolai K. lag vom 4. Mai bis zum 20. Mai 1943 und vom 31. August bis 11. September desselben Jahres erkrankt in der „Ostarbeiterbaracke“. Am 5. Juli 1944 wurde

der Rüstungsarbeiter der Firma Seitz in Bad Kreuznach mit Verdacht auf offene Lungentuberkulose wieder in die Krankenbaracke der Diakonie eingeliefert. Er wurde nach Koblenz (ob in ein Krankenhaus oder zu einer neuen Arbeitsstelle ist ungeklärt) gebracht, floh von dort und kehrte nach Kreuznach zur Firma Seitz zurück.⁴⁰ Die Verhältnisse in Koblenz seien, so K., „recht schlecht“ gewesen. In erwiesenermaßen drei Fällen verblieben kranke und nicht wieder einsatzfähige „Ostarbeiter“ für längere Zeit in der Krankenbaracke, weil sie vom Arbeitsamt nicht „abgeholt“⁴¹ wurden – trotz mehrfacher Meldung der Diakonie-Anstalten.

Schwangerschaften und Zwangsabtreibungen

Unter den Patientinnen waren auch schwangere Frauen, die entweder zur Entbindung oder aber für eine Abtreibung in die Krankenbaracke kamen. Viele der ausländischen Frauen waren bereits schwanger nach Deutschland verschleppt worden;⁴² teilweise versuchten die Fremdarbeiterinnen Schwangerschaften zu benutzen, um den entwürdigenden Lebensumständen in Deutschland entfliehen und in die Heimat zurückkehren zu kön-

nen.⁴³

Um dem zunehmenden Verlust von ausländischen Arbeitskräften entgegenzuwirken (gerade im Hinblick auf die sich stets verschärfende Kriegs- und Produktionssituation), bestimmte Fritz Sauckel in Absprache mit Heinrich Himmler am 15. Dez. 1942, dass ausländische Schwangere nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren durften.⁴⁴ Insbesondere „Ostarbeiterinnen“ wurden nachfolgend zu Abtreibungen gezwungen.

Zwischen dem 8. April und dem 6. Okt. 1943 entbanden 13 „Ostarbeiterinnen“, während an 15 „Ostarbeiterinnen“ Abtreibungen vorgenommen wurden.⁴⁵ Die Geburten lassen den Schluss zu, dass es sich entweder um sog. „guttrassige“⁴⁶, d.h. „eindeutschungsfähige“ Ausländerkinder gehandelt hat, oder aber, dass eine Abtreibung im fortgeschrittenen Schwangerschaftsstadium das Leben der Mutter, deren Arbeitskraft dringend benötigt wurde, gefährdet hätte. Ausgeführt wurden die Unterbrechungen von einem Arzt der Diakonie, Dr. Mayer, der im Auftrag der Gauärztekammer Moselland handelte:

„Die Unterbrechung der Schwangerschaft wurde jeweils in den Operationsräumen der Diakonie-Anstalten (...) vorgenommen und die Frischoperierten meist für einen Tag in

den Räumen der Diakonie-Anstalten untergebracht, bis sie in die für die Ostarbeiter erstellten Baracke überführt werden konnten.“⁴⁷

Während Dr. Mayer die Abbrüche weisungsgemäß durchführte, beschwerten sich jene Diakonissen, die bei den Eingriffen assistierten. Ihrer Oberin, Sr. Elisabeth Jaeger, berichteten sie über die Abtreibungen und machten „starke Gewissensbedenken“⁴⁸ geltend. Sr. Elisabeth leitete deren Bedenken an Pfarrer Hanke weiter. Der Vorsteher wandte sich am 3. August 1943 an Obermedizinalrat Dr. Dietrich in Koblenz, dem er die Bedenken der Diakonissen schilderte. Hanke bat den Obermedizinalrat um „ein Wort, das uns hilft, sei es in einer Befreiung von dieser Not oder in einer Beratung“.⁴⁹ Dr. Dietrich riet Pfarrer Hanke, sich an den Landrat des Kreises Kreuznach zu wenden.

Das Gutachten⁵⁰, das der Landrat von Hanke schließlich erbat, beinhaltete die seiner Auffassung nach wichtigsten Gründe zur Beendigung der Abtreibungen: die Gewissensnot der Schwestern, die etwaige Rufschädigung der Diakonie-Anstalten und

„zum 3. aber u. nicht zum geringsten Teil in der Besorgnis um die Verletzung des gesunden fraulichen Empfindens der deutschen

Volksgenossin, die bei uns, sei es als Wöchnerin, sei es als sonstige Patientin Pflege u. Gesundung suchen [sic]“.⁵¹

Ab dem 9. September 1943 unterblieben die Abtreibungen in der Kreuznacher Diakonie. Pfarrer Hanke ging davon aus, dass seine und Dr. Behrens', der ihn zu Landrat Noell begleitet hatte, Bemühungen Erfolg zeitigt hätten.

Deren Eingaben waren allerdings nicht isoliert erfolgt. Den zeitweiligen Abtreibungsstopp verdankten die Diakonie-Anstalten auch dem Engagement anderer Personen bzw. Stellen.

So hatte die katholische Kirche zeitgleich gegen die „Euthanasierungen“⁵² an „Ostarbeiterinnen“ protestiert. Und auch in der näheren Nachbarschaft, in Simmern, gab es Widerstand: Der für gynäkologische Eingriffe zuständige Arzt des katholischen Krankenhauses hatte die Durchführung von Abtreibungen verweigert. Die dort eingesetzten Nonnen versagten gleichfalls „ihre Mitwirkung“⁵³. Zudem existierten bereits Pläne, die Abtreibungen an wenigen zentralen Standorten durchführen zu lassen.⁵⁴ Eine am 14. Oktober 1943 vom damaligen Leiter des Kreuznacher Gesundheitsamtes, Dr. Federhen, an die Diakonie-Anstalten ergangene Anordnung, die Schwangerschaftsabbrüche bis auf weiteres unter-

band, schien Hankes Gedankengang und Hoffnung auch weiterhin zu bestätigen.

Die Verfügung Dr. Federhens an die Diakonie-Anstalten, weitere Abtreibungen abzulehnen, zog eine weitreichende Korrespondenz nach sich, die die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den unteren staatlichen Behörden einerseits und den höheren sowie parteieigenen Dienststellen andererseits eindrucksvoll dokumentiert.

Vereinfacht kann von zwei „Lagern“ gesprochen werden: Da waren auf der einen Seite zunächst die Diakonie-Anstalten, die mehr oder weniger vom Gesundheitsamt (das in einem Gebäude der Diakonie eingemietet war) und vom Landrat unterstützt wurden (also den lokalen Institutionen, die vor Ort eng zusammenarbeiten mußten und in ihrer Tätigkeit aufeinander angewiesen waren). Diesem Zusammenschluß standen die Regierung in Koblenz und die NSDAP-Gauleitung sowie die Gauärztekammer in Koblenz gegenüber.

Auf Weisung des Regierungspräsidenten in Koblenz hatte Dr. Federhen die Diakonie im Oktober 1943 anzuweisen, die Abtreibungen wieder durchzuführen.⁵⁵

Dr. Mayer führte noch bis mindestens Anfang November 1943⁵⁶ Schwangerschaftsunterbrechungen durch. Belegt sind

insgesamt 21 Abtreibungen an „Ostarbeiterinnen“.⁵⁷ Ab dem 23. Dezember 1943 wurden die Abtreibungen zentral durchgeführt: in den „Ostarbeiterbaracken“ in Koblenz, Wittlich und Saarburg sowie in der an die Rasselsteinwerke in Wissen angegliederten „Ostarbeiterbaracke“.⁵⁸

Die Versorgung von Seuchenkranken

Für die Diakonie-Anstalten entstand bereits vor dem 23. Dezember 1943 eine Situation, die es ihr ermöglichen sollte, weitere Abtreibungen – unbehelligt von Staat und Partei – abzulehnen. In den Kreuznacher Betrieben waren zahlreiche FremdarbeiterInnen an Typhus und Fleckfieber⁵⁹ erkrankt. In erheblichem Maße mussten nun Bettenkapazitäten vorgehalten werden.

Das Arbeitsamt hatte die Baracke auf dem Diakonie-Gelände für seine Zwecke reklamiert bzw. späterhin räumen lassen. Zwei bereits an Typhus erkrankte russische FremdarbeiterInnen sowie weitere ausländische ArbeiterInnen mit dringendem Typhusverdacht (alle beschäftigt in der chemischen Fabrik Dr. Jacob) waren dorthin transportiert worden. Die Gesundheitspolizei sperrte das firmeneigene Lager „An der Heidenmauer“ ab. Eine Schutzimpfung gegen Typhus und Paratyphus der noch

nicht erkrankten dortigen deutschen und ausländischen Beschäftigten wurde ebenfalls veranlasst. Die zu diesem Zeitpunkt in der Baracke der Diakonie-Anstalten befindlichen ausländischen Patienten und Patientinnen wurden entweder entlassen oder in die „Ostarbeiterbaracke“ des katholischen Krankenhauses in Simmern „überführt“.

Anfang Dezember 1943 lagen bereits fünf Typhusranke in der „Ostarbeiterbaracke“ der Kreuznacher Diakonie. Ein Patient starb kurz nach seiner Einlieferung an seiner schweren Erkrankung.⁶⁰

Am 23. Dezember 1943 traf am Kreuznacher Bahnhof ein Transport von „OstarbeiterInnen“ aus dem Durchgangslager Friedrichsfeld bei Köln ein. Die ins Deutsche Reich deportierten 123 RussInnen (darunter 24 Kinder)⁶¹ „befanden sich zum größten Teil in einem jämmerlichen körperlichen Zustand, sodass sie kaum als einsetzungsfähig bezeichnet werden konnten“.⁶² Gleichwohl wurden sie an Kreuznacher Firmen verteilt bzw. im „Einzeleinsatz“ bei Landwirten in der Umgebung untergebracht. Kurze Zeit später wurden elf von ihnen mit dem dringenden Verdacht auf Typhus in die Krankenbaracke der Diakonie-Anstalten eingeliefert.

Da das Gesundheitsamt die Ansteckung der deutschen Bevölkerung fürchtete, war die Krankenbaracke kurzzeitig sogar als Quarantänestation⁶³ im Gespräch. Von diesen Überlegungen wurde jedoch rasch abgesehen, da die Baracke zuwenig Platz für die sich häufende Zahl von Typhus- und Fleckfieberkranken bot.⁶⁴

Zur Situation der ausländischen Pflegekräfte

Die Diakonie hatte sich verpflichtet, das notwendige Pflegepersonal zu stellen, das sie über das Arbeitsamt Kreuznach anforderte. Neun Ausländerinnen und ein Ausländer arbeiteten vom 27. März 1943 bis zum 2. April 1945 in der „Ostarbeiterbaracke“, wie sie späterhin aufgrund der sowjetischen Herkunft der meisten PatientInnen genannt wurde. Die Einsatzdauer bewegte sich zwischen 6 Wochen und fast 14 Monaten. Bis auf die Französin Janine H. kamen alle anderen Frauen aus der UdSSR. Die Herkunft des Pflegers ist hingegen unklar. Aufgrund des jugendlichen Alters der FremdarbeiterInnen – zum Zeitpunkt ihres Einsatzes war die jüngste Kraft 17, die älteste 22 Jahre alt – kann davon ausgegangen werden, dass sie über keine bzw. nur geringe pflegerische Kenntnisse verfügten und die von ihnen verlangten

Leistungen daher nur unvollständig zu erbringen vermochten. Da die AusländerInnen zudem nur gezwungenermaßen ihren Dienst verrichteten, waren Probleme vorhersehbar.

Die Krankenbaracke war kaum drei Wochen in Betrieb, als der Chefarzt der Diakonie sich beim Arbeitsamt über eine der Pflegerinnen beschwerte:

„Sozusagen als ‘Stationsschwester’ ist vorgesehen eine Russin D., die jedoch ihrer Stellung in keiner Weise gewachsen scheint: ungeschickt im Umgang mit Kranken, im Benehmen mitunter läppisch und kindisch, unfähig zum Einschicken in die nun einmal gegebene [sic] Verhältnisse; der Verwalter schildert sie auch als oppositionell und etwas zu sehr für die Männer interessiert.“⁶⁵

Die Beschwerden über die Pflegerinnen rissen nicht ab. Am 6. Dezember 1943 richtete Dr. Behrens ein Schreiben über Pfarrer Hanke an das Arbeitsamt Kreuznach, in dem er die unhygienischen und unerträglichen Zustände in der „Ostarbeiterbaracke“ schilderte:

„In den letzten Tagen habe ich gelegentlich einen Typhuskranken in der Ostarbeiterbaracke untersucht. Als am 4.12. die Diagnose gesichert war u. ich ihn nochmals ansah, fand ich ihn morgens gegen 10 Uhr in einem unbeschreiblichen Zustande, verdreckt, das ganze Hemd voll Urin, er lag auf einer Gum-

Zuname: [redacted]

Vorname: Janine, Eva

Stand oder Gewerbe: Pflegerin

Tag: [redacted] 23

Geb. Ort: Paris Kreis: chw.

Kun.-Stand: gesch. Rel.: 7/2

Stellung: Frauheim Ausw.:

Letzter Wohnort: Paris Kreis: Frankreich

Datum	Wohnung	Bei wem?
6.9.44	Ringstr. 58/60	Diakonie h.
14.10.44	Kassel,	

Abb 3: Meldekarte des Ordnungsamtes Bad Kreuznach

miunterlage ohne Bettlaken, die beiden Wolldecken beschmutzt mit Urin usw.“⁶⁶

Der Chefarzt lehnte „die ärztliche Verantwortung für die Baracke ab, solange die Baracke nicht mit ausreichend geschultem Pflegepersonal versehen ist“.⁶⁷

Nach Auffassung von Dr. Behrens hatten die zum damaligen Zeitpunkt eingesetzten Maria F. und Sofia S. die unhygienischen und unhaltbaren Zustände in der Krankenbaracke zu verantworten:

„Nein und nochmals nein: es ist ausschließlich Schuld des unzulänglichen Pflegepersonals, wenn ich bei meinem Besuch einen Kranken so vorfand, wie ich es schilderte: des Pflegepersonals, das den Kranken liegen lässt, ihn nicht versorgt, nicht zudeckt, nicht die Laken zurechtzieht. Und warum? Weil dies Personal von Pflege, insbes. Seuchepflege nichts versteht, es hat einfach Angst u. geht nicht an die Arbeit.“⁶⁸

Die beiden Russinnen verweigerten am 8. Dezember 1943 aus Angst, sich anzustecken, sogar die Arbeit an den Typhuskranken. Dr. Behrens sah sich zu eindringlichen Maßnahmen veranlasst: „Ich musste rauf, sie zurechtweisen u. mit Bestrafung u. Polizei drohen.“⁶⁹ Immerhin übergab der Chefarzt die beiden jungen Frauen nicht den Behörden – wie gemeinhin in solchen Fällen üblich. Erst im Mai 1944 erfolgte

eine Schutzimpfung des Personals in der Krankenbaracke sowie des Personals des Arbeitsamtes, das mit dem Transport der Kranken betraut worden war.⁷⁰

Aber auch das Arbeitsamt trug nach Auffassung Behrens' die Verantwortung für die Unzulänglichkeit der Pflegerinnen:

„Dies Personal stellte uns das Arbeitsamt entgegen den bei Inbetriebnahme der Baracke mehrfach u. ausdrücklich gegebenen Zusicherungen, geschulte Pflegekräfte zu stellen. Damals war sogar von ärztlichen Kräften, Medizinstudentinnen usw. die Rede!“⁷¹

Als schwierig stellte sich – wie an oben geschilderter Pflegesituation deutlich wurde – das Verhältnis zwischen Pflegepersonal und PatientInnen dar. Eine vergleichbare persönliche Situation garantierte nicht automatisch Empathie, Hilfsbereitschaft oder gar einen solidarischen Umgang miteinander bzw. untereinander.

Wenige, gleichwohl erhellende Details zu den Binnenbeziehungen der Pflegekräfte in der „Ostarbeiterbaracke“ können einem Bericht des SD des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) aus dem Jahre 1943 entnommen werden. Die Außenstelle Bad Kreuznach berichtete am 9. Oktober 1943 der SD-Zentrale in Koblenz zur politischen Haltung der in Kreuznach eingesetzten „Ostarbeiter“, dass diese „von

einem hundertprozentigen Sieg des Bolschewismus überzeugt⁷² seien. Die „Ostarbeiterinnen“ nähmen hingegen weniger Anteil am politischen Geschehen. Es seien im Übrigen die „krassesten Unterschiede in der Gesinnung dieser Menschen zu beobachten“. Dies sei insbesondere im Hinblick auf eine „in der hiesigen Diakonie-Anstalt beschäftigte, 22 Jahre alte, sehr intelligente Ostarbeiterin, welche von Beruf angeblich Lehrerin ist“ zu konstatieren:

„Sie ist gegen alle Einrichtungen in der Sowjetunion und spricht sich vor allem gegen die von Stalin vom Zaune gebrochene Enteignung der russischen Bauern sowie über die von demselben abgeschafften Religionen dahingehend aus, dass sie dies nie anerkennen könne. Als sie vor kurzem erfuhr, dass Stalin die Religion wieder einführen wolle, glaubte sie dieses und war sehr erfreut darüber, wobei sie angab, mit ihren Eltern dafür schon lange gebetet zu haben. Auch verwirft diese Ostarbeiterin, wie sie sich ausdrückt, das unsittliche Treiben und die Gesinnung ihrer Genossinnen allgemein, indem sie erklärt, diese müssten alle erschossen werden. Unter ihren Landsleuten habe sie sehr viele Feinde, weil sie diesen immer die Wahrheit sage. Weiter gibt sie an, dass sie in der Schule nie die bolschewistische Weltanschauung gelehrt habe. Auf den Einwand, sie müsste doch als Russin selbst auch kommunistisch denken und fühlen, bemerk-

te sie, sie habe ihr wahres Inneres noch nie gezeigt und nie zeigen können. Nach diesem Kriege kann nach ihrer Ansicht das jetzige System in Russland nicht mehr bestehen. Auch regt sich in ihr ein ganz besonderer Hass gegen alle Juden.“⁷³

Trotz aller Widrigkeiten und des (zunächst) vorhandenen Unwillens der Diakonie, die Krankenbaracke zu übernehmen, war die Zahl der Menschen, die in ihr starben, offenbar gering. Die Diakonie meldete für 1944 und 1945 nur vier Sterbefälle: zwei Frauen, ein Mann und ein Kleinkind, das an Masern starb.⁷⁴ Für 1943 liegen keine Meldungen vor.

Die medizinische Versorgung befreiter ZwangsarbeiterInnen

Am 18. März 1945 marschierten alliierte Verbände in Bad Kreuznach ein und die vielen tausend FremdarbeiterInnen in Kreuznach⁷⁵ und Umgebung wurden befreit. Die AusländerInnen standen nun unter dem Schutz der internationalen Behörden und jeweiligen Militärregierungen und mussten den Deutschen vergleichbar behandelt, versorgt und gepflegt werden. Das galt auch für die Diakonie. Untergebracht wurden sie nicht mehr in der dürftigen Krankenbaracke, sondern im Paulinum – dem ehemaligen Wehrmachts-

lazarett. Sie wurden auch nicht mehr von Deutschen getrennt.⁷⁶ Bis in die 1950er Jahre lässt sich die Behandlung von Ausländern – meist ehemaligen Zwangsarbeitern – in der Diakonie Bad Kreuznach nachweisen.⁷⁷

Die Versorgung geschlechtskranker deutscher Frauen ab April 1945

Die Diakonie-Anstalten hatten ab April 1945 im Auftrag der amerikanischen Militärregierung deutsche Frauen mit Geschlechtskrankheiten stationär aufzunehmen. Diese wurden in der dürftigen „Ostarbeiterkrankenbaracke“ untergebracht.

Zum Abrißdatum der „Ostarbeiterbaracke“ bestehen keine gesicherten Angaben. Angeblich soll sie 1948 abgetragen worden sein.⁷⁸

Enttrümmerungsarbeiten

1944 und 1945 häuften sich die alliierten Fliegerangriffe auf Bad Kreuznach. Insbesondere die Bombenabwürfe an Weihnachten und Silvester 1944 sowie am 2. Januar 1945 zerstörten städtisches Wohn- und Firmengebiet.⁷⁹ Auch die Diakonie wurde schwer getroffen. Das Dach des Mutterhauses wurde ebenso zerstört wie Teile der Kirche. Das Gartenhaus brannte völlig ab, die Häuser Bethanien, Pella und die Bethesdaschule erlitten große Feuerschäden. Das Männerkrankenhaus war bereits im Oktober 1944 stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Zahlreiche Menschen, darunter drei Diakonissen, starben während der alliierten Luftangriffe.⁸⁰ Die Gebäudeschäden gab Pfarrer Hanke im Mai 1945, unter Berücksichtigung des Niederreidenbacher Hofes, mit etwa 45% an.⁸¹

Die lang andauernden⁸² und aufwändigen Enttrümmerungs- und Wiederaufbauarbeiten wurden von französischen Arbeitskräften unterstützt. Am 1. März 1945 berichtete Pfarrer Hanke:

„Wir sind mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Unsere Dächer sind mit Ausnahme der Bleibe bei allen von uns noch genutzten Häusern wieder in Ordnung gebracht. Das Arbeitskommando von neun französischen Zivilarbeitern arbeitet recht fleißig und or-

dentlich, sodass es uns eine wirkliche Hilfe ist.“⁸³

Tatsächlich waren zehn französische Arbeiter ab dem 24. Januar 1945 auf dem z.T. erheblich zerstörten Diakonie-Gelände eingesetzt gewesen.

Die zum Einsatzzeitpunkt zwischen 23 und 34 Jahre alten Männer verließen am 20. bzw. 21. März 1945 ihre Arbeitsstätte auf dem Diakonie-Gelände.



Abb 4: Der Niederreidenbacher Hof bei Idar-Oberstein ca. 1930

Niederreidenbacher Hof

Am 26. Mai 1904 erwarben die Diakonie-Anstalten den „Niederreidenbacher Hof“.⁸⁴

Das Hofgut, das zwischen Kirn und Idar-Oberstein liegt, besaß zwei Funktionen. Es

diente zum einen der Unterbringung verschiedenster Personengruppen: So hielt „Haus Bethlehem“ 160 Plätze für „tief stehende Mädchen“ bereit, alte und sieche Männer wurden im „Haus Heimstatt“ (50

Plätze) untergebracht und „schwachsinnige Burschen“ fanden Unterkunft im „Haus Goldenes Kreuz“ (35 Plätze). Das größte Bettenkontingent (200 Plätze) wurde für Wanderarbeiter und Obdachlose vorgehalten, die als sog. „Kolonisten“ die umfangreiche Land-, Garten- und Forstwirtschaft, insgesamt über 500 Morgen Land, versorgen sollten. Sie sowie Knechte und sonstige Helfer ermöglichten zugleich die zweite Aufgabe des Niederreidenbacher Hofes: dessen Selbstversorgung sowie die Versorgung der anderen Kreuznacher Anstalten mit Nahrungsmitteln und Brennmaterialien. Vom 29. September 1939 bis zum 15. August 1940 fungierte das Hofgut zudem als Kriegs- bzw. Reservelazarett.⁸⁵ Aber auch Pflegelinge aus der Bildungs- und Pflegeanstalt Hephata bei Mönchengladbach sollten noch Aufnahme finden.

Die Arbeiterkolonie „Hilf mir“

Die Arbeiterkolonie „Hilf mir“ auf dem Hofgut wurde am 23.12.1928 eröffnet. Sie stieß von Anfang an auf außerordentlich regen Zuspruch. Insbesondere im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 und der mit ihr einhergehenden großen Arbeitslosigkeit fanden dort viele entwurzelte Wanderarbeiter und sog. Vagabunden zeitweise Unterkunft und Verpflegung. Hinzu kamen

ehemalige Fremdenlegionäre, die in der französischen Armee gedient hatten und nach ihrer Rückkehr nach Deutschland versuchten, wieder an ein ziviles Leben anzuknüpfen. Auch baten ehemalige deutsche Häftlinge aus Gefängnissen, Zuchthäusern und auch Konzentrationslagern um Aufnahme auf dem Niederreidenbacher Hof. Das Hofgut diente in solchen Fällen quasi als Resozialisierungseinrichtung, in der ehemalige Häftlinge Gelegenheit erhalten sollten, sich wieder an ein Leben mit regelmäßiger Arbeit zu gewöhnen.

Der Einsatz von französischen Kriegsgefangenen 1940 – 1942

Mit Beginn des Krieges wurden auch Kolonisten, Fremdenlegionäre sowie männliche Beschäftigte des Hofgutes in die Wehrmacht eingezogen.⁸⁶ Für die Jahre 1939 bis 1942 können hinsichtlich der eingezogenen Beschäftigten keine Angaben gemacht werden. Anfang 1943 meldete das Hofgut 7 männliche, zur Wehrmacht berufene bzw. dienstverpflichtete „Gefolgschaftsmitglieder“.⁸⁷ Die so gerissene Lücke versuchte die Leitung des Niederreidenbacher Hofes u.a. mit Pflichtjähmädeln zu schließen. Dies gelang jedoch nur mangelhaft.

3. Juli

40.

An

den Herrn
Amtsbürgermeister
S e e m a n n

Akt. NOb. III.3.

in Weierbach.

Wie wir erfahren haben, soll jetzt in Fischbach ein Lager für Kriegsgefangene eingerichtet werden, die zu Erntearbeiten herangezogen werden sollen.

Hierdurch möchte ich darum bitten, auch den Niederreidenbacherhof für meine umfangreiche Landwirtschaft eine Gruppe von 10 Gefangenen möglichst ab sofort zwecks Einbringung der Ernte zur Verfügung zu stellen. Auch nach Beendigung der eigentlichen Erntearbeiten können wir die Gefangenen weiterhin auf unbestimmte Zeit mit land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigen.

Die Unterbringung der Gefangenen nebst Wachpersonen hier auf dem Hof ist uns leider nicht möglich, da ja unsere sämtlichen verfügbaren Räume durch das Reserve-Lazarett mit Beschlag belegt worden sind. Sogegen sind wir wohl in der Lage, für eine ausreichende Beköstigung der Gefangenen Sorge zu tragen.

Ich bitte um möglichst baldigen Bescheid, ob wir mit der Hilfe der Gefangenen noch für diese Erntezeit rechnen können.

Heil Hitler!
Die Verwaltung des Niederreidenbacherhofes:


Anstaltspfarrer.

Abb 5: Schreiben von Pfr. Rentrop an den Amtsbürgermeister in Weierbach vom 3. Juli 1940

Pfarrer Rentrop wandte sich daher am 3. Juli 1940 an den Amtsbürgermeister Seemann in Weierbach.⁸⁸ Rentrop teilte ihm mit, dass er gehört habe, dass ein Gefangenenlager in Weierbach errichtet würde. Er bat darum, „eine Gruppe von 10 Gefangenen möglichst ab sofort zwecks Einbringung der Ernte zur Verfügung zu stellen“. Diese sollte auch nach der Einbringung der Ernte dem Hof auf „unbestimmte Zeit“ zur Verfügung stehen. Deren Unterbringung mit erforderlicher Bewachung sei jedoch auf dem Hofgut „leider“ nicht möglich, da es ja durch das Reserve-Lazarett „mit Beschlag gelegt worden sei“. Allerdings könne man die „ausreichende Beköstigung“ der Gefangenen garantieren.

Bereits 8 Tage später fanden sich die ersten 4 französischen Kriegsgefangenen auf dem Niederreidenbacher Hof ein. Henry A., Louis J., Ange J. und Louis P.⁸⁹ begannen am 11. Juli 1941⁹⁰ ihren Dienst auf dem Hofgut. Insgesamt konnte der Niederreidenbacher Hof bis Mitte Mai 1942 auf die Arbeitskraft von 15 französischen Kriegsgefangenen zurückgreifen. Sie hackten Rüben und Mais, misteten Stallungen aus, schnitten Wintergerste, hackten Holz, ernteten Raps, häufelten Kartoffeln, gruben Rüben aus, pflügten, droschen und verrichteten sonstige anfallende Arbeiten auf dem

Hof.

Ab dem 19. Mai 1942 befanden sich keine Kriegsgefangenen mehr auf dem Niederreidenbacher Hof. Allerdings stand für sie schon Ersatz bereit: Noch bevor die letzten sieben Franzosen abgezogen wurden, trafen die ersten „OstarbeiterInnen“ auf dem Hofgut ein.

Durchgangslager für das Arbeitsamt Idar-Oberstein

Das Arbeitsamt Idar-Oberstein bediente sich des Hofgutes als eines Durchgangslagers für neu ins Deutsche Reich verbrachte FremdarbeiterInnen, das, zentral gelegen, die entsprechenden Kapazitäten an Unterbringungsmöglichkeiten und Versorgungseinrichtungen besaß. Die mit dem Arbeitsamt getroffenen „Vereinbarungen“⁹¹ und abgehaltenen „Besprechungen“⁹² sind in den vorliegenden Quellen lediglich erwähnt. Eventuelle Verträge und Sitzungsprotokolle sind nicht überliefert, sodass sich z.T. nur bedingte Rückschlüsse über Qualität und Inhalt der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Hofgut ziehen lassen. Da sich jedoch keinerlei Hinweise über Unstimmigkeiten, Proteste, Beschwerden in der recht guten Quellenlage gefunden haben, kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei dem Ar-

9. Mai 2.

An
das Arbeitsamt
Idar-Oberstein/Nahe.

Betr.: Verpflegung ukrainischer Landarbeiter.

Bezugnehmend auf unsere Vereinbarung bitten wir Sie,
uns eine Bescheinigung zwecks Beschaffung von Lebensmitteln
anzustellen zu wollen, aus der hervorgeht, dass wir in der
Zeit von 4. bis 8. Mai 1942

212 Personen mit 187 Verpflegungstagen
verpflegt haben. Die Verpflegungen erfolgten an folgenden
Tagen:

4.- 5. Mai:	129 Personen mit 1 Tag --	129 Tage
5. " :	44 " " $\frac{1}{2}$ " --	22 "
5.- 6. " :	31 " " 1 " --	31 "
6.- 7. " :	2 " " 1 " --	2 "
7.- 8. " :	6 " " $\frac{1}{2}$ " --	3 "
<hr/>		
Sum.	312 Personen mit	187 Tagen.

Ferner wollten Sie ja noch bemüht sein, uns durch die
Kreisbauernschaft einige Zentner Kartoffeln zu vermitteln.

Heil Hitler!
Die Verwaltung des Niederriedenbacherhofes:

#

Abb 6: Abrechnungsliste für das Arbeitsamt Idar-Oberstein vom 9. Mai 1942

Quittung Nr. 2613

Herr - Frau - Pfr. *Fra Arbeit, anal. Frau. Krasstein*

zahlte heute an die Diakonie-Anstalten

Zweiganstalt *Niederreidenbacher Hof*

RM *et Fiechinderarbeiten im Betrag =*
 für *Verpflegungsgeld für Polen u. Ostarbeiter*
 richtig ein. *in der Zeit vom 11. - 15. 4. 43.*

Niederreidenbacher Hof den *15. April* 19*43.*

M. Wein
 als Einzahler.

Joh. W. Lohgshuber

RM - 487 =

Einnahme-Beleg
 Nr. _____
 B
 G

Abb 7: Quittung des Niederreidenbacher Hofes über verpflegte Polen und „Ostarbeiter“ vom 15. April 1943

rangement zwischen Hofgut und Arbeitsamt um ein von beiden Seiten gewolltes gehandelt hat.

In der Zeit von Mai 1942 bis April 1943 verpflegte der Niederreidenbacher Hof nachweislich mehrere hundert Menschen aus der Ukraine, Russland und aus Polen. Gezählt werden konnten aufgrund der vorhandenen Listen 304 Personen. Von einer höheren Zahl ist auszugehen.

Die Landwirte holten nach ihrer Benachrichtigung die ausländischen Arbeitskräfte (manchmal bis zu 18 Personen) ab und entrichteten zwischen RM 1,20 bis RM 1,50 pro Person und Tag für deren Unterbringung und Verpflegung an das Hofgut.

Pflegestation für erkrankte ausländische Arbeitskräfte

Auch erkrankte „OstarbeiterInnen“ wurden vom Arbeitsamt in Idar-Oberstein auf dem Hofgut untergebracht.

Der Zivilarbeiter Alexander S. war an Krätze erkrankt. Vom 14. November 1942 bis zum 2. Dezember 1942 wurde er auf dem Hofgut versorgt. Da sich dessen Befinden nicht besserte, überwies ihn der behandelnde Arzt, Dr. Jacke aus Fischbach-Weierbach, in das Städtische Krankenhaus in Idar-Oberstein und hier in dessen Ab-

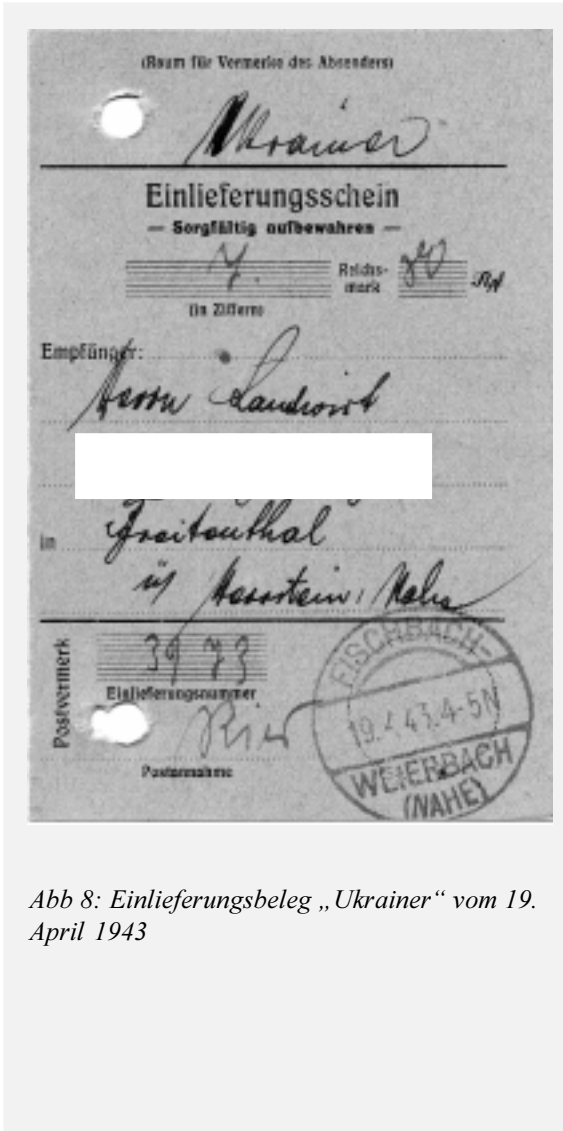


Abb 8: Einlieferungsbeleg „Ukrainer“ vom 19. April 1943

teilung „Schwesternhaus“. Das Hofgut bat daraufhin die Zentralverwaltung in Bad Kreuznach um Rechnungsstellung an die AOK Idar-Oberstein. Ein weiterer Brief von Pfarrer Rentrop eröffnet erhellende Einblicke in das pflegerische Engagement des Hofgutes:

„In Erledigung Ihres Schreibens teilen wir Ihnen folgendes mit. A. Sz. wurde in der Zeit vom 14. – 24.11. 6 mal und in der Zeit vom 25.11. – 2.12. täglich 2 mal – 12 mal, also insgesamt 18 mal [unterstrichen im Original, U.W.] mit Salbe, auf ärztliche Anordnung, eingerieben. Er wurde 1 mal gebadet.“⁹³

Alexander S. ist auf dem Hofgut offenbar ausreichend gepflegt worden, allerdings trat eine Genesung – wohl aufgrund der Schwere der Erkrankung – nicht ein. Die spätere Einweisung in ein Krankenhaus ist ein Indiz dafür, dass an der Wiederherstellung der Arbeitskraft von Alexander S. Interesse bestand.

Auf den Verbleib eines bereits arbeitsunfähig erkrankten „Ostarbeiters“ legten das Arbeitsamt Idar-Oberstein und das Hofgut keinen Wert. Am 05.11.1942 beschwerte sich Pfarrer Rentrop beim Arbeitsamt Idar-Oberstein:

„Am 11. September 1942 wurde uns ein älterer, nicht mehr einsatzfähiger Ostarbeiter, der aus diesem Grunde wieder in die Heimat

zurückbefördert werden soll, für einige Tage zum Übergang überwiesen. Nun befindet sich der betreffende Mann aber schon über 10 Wochen bei uns und es sind bisher keine Anstalten gemacht worden, ihn auf die Reise zu bringen. Unsere verschiedenen Reklamationen seinetwegen haben bisher keinen Erfolg gehabt. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass wir diesen Mann, der völlig aus dem Rahmen der anderen Kolonisten fällt und für den wir keine Beschäftigung haben, unmöglich länger hier behalten können. Außerdem bildet der Mann infolge seines ungepflegten Ausseren [sic] und seiner Krankheit einen ständigen Anstoß für die anderen gesunden und arbeitswilligen Leute. Wir bitten höflich und dringend, nun endgültig dafür zu sorgen, dass dieser Mann wieder zum Osten zurückkehren kann.“⁹⁴

Am 11.11.1942 wurde der Zivilarbeiter abgeholt. Ob und wie er tatsächlich „in den Osten“ gelangte, bleibt offen.

Ort der „Arbeitserprobung“ – Das Schicksal des Jan P.

Der Niederreidenbacher Hof brachte Fremdarbeiter auch zur „Arbeitserprobung“ bei sich unter. Jan P. wurde den an ihn gestellten Anforderungen nicht gerecht.⁹⁵ Pfarrer Rentrop schrieb am 1. Juli 1942 an das Arbeitsamt Idar-Oberstein:

“Hierdurch teilen wir Ihnen mit, dass wir den uns für einige Tage überwiesenen russischen Zivilgefangenen [sic] Jan P. leider nicht länger behalten können, da derselbe körperlich krank und geistig sehr beschränkt ist. Seine Arbeitsleistungen sind infolgedessen so gering, dass er u.E. für eine normale Vermittlung nicht in Frage kommt. Wir bitten daher höfl., den Mann so schnell wie möglich wieder abholen zu wollen.”

Am 7. Juli 1942 forderte das Arbeitsamt Idar-Oberstein den Niederreidenbacher Hof auf, die Kosten “für den Ihrem Betrieb zugewiesenen Polen P., Jan” zu übernehmen.

Drei Tage später teilte die Leitung des Hofes dem Arbeitsamt Idar-Oberstein mit, dass die Forderung irrtümlich erhoben worden sei, denn:

“J.P. wurde uns von Ihnen ... zugewiesen, um seine Einsatzfähigkeit in unserem Betrieb zu erproben. J.P. hat in seiner früheren Stellung nicht ausgehalten und sollte von uns

aus neu vermittelt werden. Wir verweisen auf unser Schreiben in dieser Sache vom 1.7.42. Daraus können Sie entnehmen, dass wir keine Dienste an P. gehabt haben und daher eher eine Forderung bezüglich Ersatz von Verpflegungskosten an Sie zu stellen hätten.”

Jan P. blieb nicht mehr lange im Deutschen Reich. Die Verwaltung des Niederreidenbacher Hofes schrieb dem Amtsbürgermeister in Weierbach am 16. Juli 1942:

“In Erledigung Ihres Schreibens vom 14. Juli 1942 teilen wir Ihnen mit, dass der Ost-arbeiter Jan P. am 9.7.1942 durch das Arbeitsamt Idar-Oberstein wieder nach dem Osten abgeschoben worden ist.”

„Europa arbeitet in Deutschland“ –
Alexander A., Alexander K., Ewdakija R.,
Agridina und Walentina S. auf dem
Niederreidenbacher Hof

Aus den Transporten, die im Frühjahr 1942 das Hofgut erreichten, rekrutierten sich auch die ersten Arbeitskräfte für den Niederreidenbacher Hof. Insgesamt 14 BürgerInnen aus der Sowjetunion blieben zurück. Ihre Zahl steigerte sich im Juni 1942 mit 16 Personen auf ihren höchsten Stand überhaupt, um kontinuierlich auf 6 bis 7 bzw. Ende 1944 auf 5 Arbeitskräfte zu sinken.

Insgesamt sind in der Zeit vom 5. Mai 1942 bis zum 23. März 1945 22 „OstarbeiterInnen“ auf dem Hofgut beschäftigt worden. Von ihnen waren 14 Personen männlich, unter den weiblichen Personen befand sich ein Kind (Walentina S.). Die Geburtsjahre liegen zwischen 1897 und 1929. Überwiegend waren allerdings Frauen und Männer der Geburtsjahrgänge der 1920er Jahre auf dem Hofgut beschäftigt. Die jeweilige Dauer des Arbeitseinsatzes variierte zwischen 6 Wochen und fast 3 Jahren.

Ihr Einsatz konzentrierte sich auf die jeweils anfallenden und üblichen Garten-

Feld- und Waldarbeiten sowie auf hauswirtschaftliche Verrichtungen.⁹⁶

Arbeitszeiten und Urlaub

Hinsichtlich der Länge der Arbeitszeiten finden sich in den gesichteten Unterlagen keine Aufstellungen bzw. Angaben. Lediglich ein Schreiben mit unklarem Absender vom 11. August 1944, das sich auf Zuschläge bezieht, erlaubt einen Einblick in die Arbeitszeitdauer: „... für die über 66 Stunden in der Woche einschließlich der regelmäßigen Sonn- und Feiertagsarbeit geleistete Arbeit ...“.⁹⁷ Offenbar waren auch längere Arbeitszeiten auf dem Hofgut – wohl je nach Arbeitsanfall und Witterung – üblich, zumindest regelte o.g. Schreiben auch die Gewährung von Zuschlägen bei 75 und mehr Stunden Wochenarbeitszeit. Über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit gibt es allerdings keine genauen Aufzeichnungen.

Auf Urlaub hatten „OstarbeiterInnen“ zu Beginn des „Reichseinsatzes“ zunächst überhaupt keinen Anspruch. Ab Juli 1943 wurde „bewährten“ sowjetischen Arbeitskräften im zweiten Jahr ihrer Beschäftigung gestattet, eine Woche bezahlten Urlaub zu erleben – allerdings in einem sog. „Ostarbeiter-Urlaubslager“ in Deutschland selbst.⁹⁸ Die auf dem Hofgut beschäftig-

ten „OstarbeiterInnen“ nahmen – soweit bekannt – keinen Urlaub in Anspruch, selbst die anspruchsberechtigten Alexander A. und Alexander K. nicht.

Entgelt, Steuern, Sozialabgaben und Ostarbeitersparen

Ein wichtiges Moment zur Beurteilung der Behandlung von FremdarbeiterInnen stellt deren Entlohnung dar. Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass der Satz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für „Ostarbeiter“ nicht galt. Auch die auf dem Hofgut beschäftigten „Ostarbeiter“ sind nicht wie deutsche Arbeitskräfte bezahlt worden.

An Kost und Wohnung („Sachbezüge“) wurden den genannten „OstarbeiterInnen“ monatlich RM 45.- berechnet. Das Gesamtgehalt, das sich also aus Grundentgelt, eventueller Zulage sowie Sachbezügen zusammensetzte, unterlag bis April 1944 einer Sondersteuer, der sog. „Ostarbeiterabgabe“. Diese Sonderabgabe, die der Arbeitgeber zu zahlen hatte, floss an den Staat, der damit sicherstellen wollte, dass jene nicht ausschließlich die wesentlich kostengünstigeren sowjetischen Arbeitskräfte beschäftigten.

Ab dem 1. April 1944 waren die „OstarbeiterInnen“ lohnsteuerpflichtig. Pauschal wurden sie in die Lohnsteuerklasse I, der

höchsten, eingruppiert. Zusätzlich wurde die „Ostarbeiterabgabe“ durch eine „Sozialausgleichsabgabe“ (15% vom Gesamtbruttoentgelt, also Lohn, Zulagen und Sachbezüge) ersetzt. Ab 1. Juli 1944 hatten „OstarbeiterInnen“ zudem Krankenkassen- und Invalidenversicherungsbeiträge zu entrichten. Die entsprechenden Beträge wurden den auf dem Hofgut beschäftigten „OstarbeiterInnen“ vom Entgelt abgezogen.

Ein besonderes Moment stellte das sog. Ostarbeitersparen dar, an dem zumindest die im folgenden vorgestellten FremdarbeiterInnen teilnahmen. Mittels Sparmarken in Höhe von RM 1.-, 3.-, 5.- oder 10.- wurde auf einer Sparkarte die jeweilige monatliche Einlage bei den beteiligten Banken dokumentiert.

Dieses Sparverfahren besaß offenbar mehrere Funktionen: Im offiziellen Tenor sollte es sich „in günstigem Sinne auf die Anwerbung weiterer Arbeitskräfte aus den sowjetrussischen Gebieten auswirken“.⁹⁹ Eine Barauszahlung innerhalb des Deutschen Reiches an die ZwangsarbeiterInnen war nicht vorgesehen. Die Sparkarten sollten nach der Rückkehr in die Heimat eingelöst werden können. Das Arbeitsamt Idar-Oberstein forderte die Gutsverwaltung im Januar 1943 auf, die Durchführung des

„Ostarbeitersparens“ auch auf dem Hofgut zu veranlassen.¹⁰⁰ Etwa 14 Tage später beantragte Pfarrer Rentrop die entsprechenden Sparmarken.¹⁰¹

„Freizeit“ - Arbeitsfreie Zeit

In Bezug auf die Beschäftigung von „OstarbeiterInnen“ ist es unpassend, von deren „Freizeit“ zu sprechen, da sie zwar über arbeitsfreie Zeit verfügten, jedoch diese nicht so gestalten und ausfüllen konnten wie etwa „Westarbeiter“, die weit weniger reglementiert waren, über höhere Einnahmen zur „Freizeitgestaltung“ verfügten und auch entsprechende „Freizeit-einrichtungen“ (Kino, Schwimmbad usw.) besuchen durften.

Bis Ende 1942 war es „OstarbeiterInnen“ nicht gestattet, ihre Lager zu verlassen. Im Zuge ihrer Besserstellung war es ihnen allerdings nach und nach möglich, mit entsprechenden Urlaubsscheinen, die vom Arbeitgeber und der örtlichen Polizei abgezeichnet werden mussten, stundenweise ihre Arbeitsstelle zu verlassen. Alexander A. konnte im Sommer 1944 sogar über eine stundenweise „Pauschalbeurlaubung“ verfügen.

Unterbringung

Es ist davon auszugehen, dass die auf dem Hofgut beschäftigten ZivilarbeiterInnen auf dessen Gelände wohnten. Wahrscheinlich nutzten sie dieselben Räumlichkeiten, die zuvor den Menschen auf den Sammeltransporten zur Verfügung gestanden hatten.

Mindestens eine Ukrainerin war im Kolonistengebäude im Dachgeschoss untergebracht gewesen, wie eine Fliegerschadenmeldeliste von Mitte September 1943¹⁰² dokumentiert.

Ein Vergleich mit anderen Inventaraufstellungen zeigt, dass der Wert der Einrichtungsgegenstände dem der sonstigen Einrichtung im Koloniegebäude entsprach. Im Übrigen war das Zimmer der Ukrainerin ähnlich wie das der anderen Bewohner (Pfleger, Kolonisten) eingerichtet. Persönlicher Besitz, etwa Wäsche oder Kleidung, wurde im Gegensatz zum Besitz deutscher BewohnerInnen des Hofgutes nicht als entschädigungsbedeutsam veranschlagt.

Bei der Ukrainerin handelte es sich um Ewdakija R., die von September 1942 bis September 1943 als einzige weibliche ausländische Arbeitskraft auf dem Hofgut eingesetzt gewesen war. Vielleicht aufgrund

dieses Umstandes sowie ihrer mutmaßlichen Beschäftigung in der Hauswirtschaft des Koloniegebäudes war dort auch ihre Unterbringung veranlasst worden.

Bewachung

Zur Bestimmung der Eigenart des „Arbeitseinsatzes“ der „OstarbeiterInnen“ auf dem Niederreidenbacher Hof gehört ohne Zweifel die Frage nach deren Bewachung. Aus dem bereits zitierten Schreiben der Gestapo an den Landrat in Birkenfeld geht hervor, dass das Hofgut im Juni 1942 in seiner Funktion als Durchgangslager für das Arbeitsamt bewacht wurde. Zu diesem Zweck standen „Wachmannschaften aus zuverlässigen Betriebsangehörigen“ mit Unterstützung der Ordnungspolizei zur Verfügung. Im Dezember 1942 wurde allerdings die Bewachung von Ostarbeiterlagern reichsweit ausgesetzt, weil „die deutschen Behörden damit völlig überfordert waren“.¹⁰³ Zwar gibt es diesbezüglich für das Hofgut keine weiteren Angaben, sehr wahrscheinlich wurde die Bewachung durch deutsche Beschäftigte aber spätestens mit der Verteilung des letzten Arbeitskräftetransports beendet. Eine eventuelle Bewachung der auf dem Hofgut eingesetzten ZwangsarbeiterInnen wäre zudem auch überflüssig gewesen: Wohin hätten sie – ohne Geld, ohne ent-

sprechende Reisepapiere, ohne Kontakte und als Fremde jederzeit erkennbar – fliehen können?

Luftschutz

Ab 1942 häuften sich die Bombenangriffe auf das Deutsche Reich. Üblicherweise war es „OstarbeiterInnen“ nicht gestattet, Luftschutzkeller aufzusuchen. Ihnen waren – wenn überhaupt vorhanden – Splittergräben vorbehalten.

Der Niederreidenbacher Hof wurde am 11. Februar 1945 von zwei Luftminen getroffen.¹⁰⁴ Dadurch wurde das Koloniegebäude teilweise zerstört.¹⁰⁵ Die in den dortigen Luftschutzkeller geflüchteten 58 Pfleglinge, drei Männer (wahrscheinlich Kolonisten), ein Pfleger und eine Diakonisse wurden getötet.¹⁰⁶ Unter den „OstarbeiterInnen“ fanden sich keine Opfer.

Ernährung

Hinsichtlich der Verpflegung (Menge und Qualität) der auf dem Hofgut eingesetzten „OstarbeiterInnen“ können keine Auskünfte gegeben werden. Allerdings war die Versorgungslage in ländlichen Gebieten zumeist besser, sodass auch „OstarbeiterInnen“ reichhaltiger versorgt werden konnten. Ob die Mahlzeiten gemeinsam mit den deutschen Arbeitskräften eingenom-

men wurden, ist ebenfalls nicht überliefert, allerdings – hinsichtlich ländlicher Gepflogenheiten, die Mahlzeiten miteinander auf dem Feld einzunehmen – auch nicht völlig auszuschließen.

Zu Luxusgütern hatten die ZwangsarbeiterInnen mit Sicherheit keinen Zugang bzw. diese waren erst gar nicht für sie vorgesehen:

„Sonderzuteilungen, wie Geflügel und Wild, oder an Bohnenkaffee, Tee, Pralinen usw. stehen den Ostarbeitern nicht zu“.¹⁰⁷

Kleidung und Ostarbeiterabzeichen

In der Regel waren die neu ins Deutsche Reich gekommenen ausländischen Arbeitskräfte einfach und oft sehr dürrtig gekleidet. Viele verfügten weder über Kleidung zum Wechseln noch über strapazierfähiges Schuhwerk. Auch die im Mai 1942 auf dem Hof eingesetzten Schwestern Sa. sowie die drei Schwestern Si. besaßen für die Arbeit ungenügende Schuhe. Das Hofgut schrieb daher an die Zentralverwaltung in Kreuznach:

„Unsere ukrainischen Landarbeiterinnen haben nur ganz leichte Segeltuchschuhe zum Anziehen. Um sie aber richtig in der Landwirtschaft einsetzen zu können, benötigen sie unbedingt feste Arbeitsschuhe“.¹⁰⁸

Die Beschaffung von Bekleidung stellte für die „OstarbeiterInnen“ ein großes Problem dar, zumal der Kleidermangel in Deutschland recht groß war und die deutsche Bevölkerung bevorzugt versorgt werden sollte.

Neue Kleidungsstücke, auch Arbeitskleidung, hatten die „OstarbeiterInnen“ in der Regel selbst zu bezahlen. Hierin waren sie den deutschen ArbeitnehmerInnen gleichgestellt, allerdings verfügten sie über ein viel geringeres Budget.

Aus einer Aufstellung vom Oktober 1942¹⁰⁹ geht hervor, dass die beiden „Ostarbeiter“ Nikolai S. und Wladimir K. die Rechnungen für ihre neuen Anzüge zunächst nicht selbst begleichen konnten, sodass das Hofgut ihnen den Betrag vorlegte und vom Oktober-Entgelt abzog. Die Reinigung der Wäsche der „OstarbeiterInnen“ wurde übrigens vom Hofgut übernommen und als Zusatzleistung dem Lohn, ähnlich Kost und Wohnung, hinzugerechnet.¹¹⁰

Ob die Kleidung der „OstarbeiterInnen“ vorschriftsmäßig mit dem Kennzeichen „OST“ versehen war, kann nicht beantwortet werden. Auf den erhalten gebliebenen Fotos vom Frühjahr 1944 lassen sich keine Abzeichen, die mittlerweile modifiziert worden waren,¹¹¹ erkennen.

Krankheit

Erkrankte ein Zwangsarbeiter, so hatte er keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung, d.h. er wurde weiterhin vom „Einsatzträger“ gepflegt und untergebracht. Dem erkrankten Zwangsarbeiter wurden jedoch für diese Sachleistungen RM 0,90 pro Kalendarstag in Abzug gebracht. Üblich war allerdings, dass die Krankenkassen dem Arbeitgeber diese Kosten ersetzten. Lohn wurde – wie bereits oben erwähnt – nur bei erbrachter Arbeitsleistung gezahlt.

Offenbar hielt die Leitung des Niederreidenbacher Hofes sich nicht unbedingt an diese Vorschriften. So sah sie bei Alexander A., der vom 13. bis 15. Juli 1944 arbeitsunfähig erkrankt war, von einer Lohnminderung ab.¹¹²

Zur medizinischen Versorgung im Krankheitsfall können keine Auskünfte gegeben werden. Auch zu den jeweiligen Erkrankungen sind keine Einzelheiten überliefert. Allerdings erscheinen die Fehlzeiten gering. Die Ende 1943 auf dem Niederreidenbacher Hof ausgebrochene Tuberkulose betraf sehr wahrscheinlich nur die Pfleglinge aus Hephata.¹¹³

Betreuung und Seelsorge

Zur Betreuung der FremdarbeiterInnen, etwa durch die Deutsche Arbeitsfront oder den Reichsnährstand, die für deren „Freizeitgestaltung“ und „Unterhaltung“ zuständig gewesen waren, liegen keine Unterlagen vor. Inwieweit es ihnen möglich war, Kontakt zur Heimat zu halten, ist nicht zu sagen. Vorgesehen waren zumindest zwei Postkarten pro Monat.¹¹⁴

Bis auf weiteres muss auch die Frage nach einer Teilnahme der „OstarbeiterInnen“ am Gottesdienst auf dem Hofgut offen bleiben. Schließlich gibt es keinerlei Hinweise zur Qualität des täglichen Miteinanders von „OstarbeiterInnen“, Gutsleitung, Diakonissen, Pfleglingen und Kolonisten.

Unter diesen kurz skizzierten Bedingungen arbeiteten auch die aus Russland stammenden Alexander A., Alexander K. und Eudakija R. sowie die beiden Weißrussinnen Agripina und Walentina S., die Mutter und Tochter waren. Von diesen „OstarbeiterInnen“ fanden sich Fotos im Archiv der *kreuznacher diakonie*. Die Bilder waren von der Lichtbildwerkstätte Josef Roedler in Kirn für ein „Arbeitsbuch für Ausländer“ angefertigt worden. Ihr Fund ist im diakonischen Bereich bislang einmalig.

Alexander A. war 1916 in der Nähe von Krasnodar/Russland geboren worden. Der ledige Maschinist und Matrose kam am 17. Mai 1943 auf dem Niederreidenbacher Hof an. Er arbeitete dort bis zum 31. März 1945.

Gelegentlich wurde es Alexander A. gestattet, seine Arbeitsstelle für einige Stunden zu verlassen. Die Leitung des Niederreidenbacher Hofes stellte ihm hierzu Bescheinigungen aus, die ihm für die betreffenden Tage den Urlaub bestätigten. So machte er am 10.10.1943 einen Besuch bei einer Arbeitskameradin in Niedereisenbach im Kreis Birkenfeld.

Wahrscheinlich handelte sich bei der Arbeitskameradin um Anna G., die im Haushalt von Dr. T. eingesetzt war.

Mit Schreiben vom 9. Februar 1944 beantragte die Leitung des Niederreidenbacher

Hofes beim Arbeitsamt Idar-Oberstein, dass ihnen die „Ostarbeiterin Anna G.“ als landwirtschaftliche Hilfe für die Gärtnerei zugewiesen werde. In der Begründung heißt es dort u.a.:

„Wir bitten sodann noch aus folgendem Grunde um die Zuweisung gerade dieser Ostarbeiterin. A.G. ist mit dem bei uns beschäftigten Ostarbeiter Alexander A. verlobt, und beide möchten sobald wie möglich heiraten. Da die Heiratsgenehmigung voraussichtlich noch nicht so schnell gegeben wird, bestände hier wenigstens die Möglichkeit, dass die beiden ihre Freistunden bzw. freien Sonntage gemeinsam verleben könnten. Jedenfalls wäre es für die Arbeitsfreudigkeit beider nicht günstig, wenn A.G. an einen anderen, weit entfernten Ort zur Arbeit eingesetzt würde. Da es sich bei beiden um durchaus ordentliche und zuverlässige Leute handelt, mit deren Arbeitsleistungen die jetzigen Arbeitgeber sehr zufrieden sind, kann es von uns nur begrüßt und gefördert werden, dass dieses Verhältnis besteht.“



Aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob dem Anliegen entsprochen wurde.

Offenkundig war Alexander A. nicht immer in der Land- und Forstwirtschaft des Hofgutes eingesetzt. So kam er am 1. Oktober 1944 von einem Arbeitseinsatz vom Westwall zurück. Es konnte nicht festgestellt werden, wie lange er dort gewesen war.

Am 31. März 1945 verließ Alexander A. den Niederreidenbacher Hof mit unbekanntem Ziel. Seine polizeiliche Abmeldung durch die Verwaltung des Niederreidenbacher Hofes erfolgte am 10. April 1945.

Alexander K. war als 16-jähriger nach Deutschland verschleppt worden. Der russische Schüler gehörte zum 6. Transport, der auf dem Hofgut für mehrere Tage unterkam. Vom 17. Mai 1943 bis zum 31. März 1945 war Alexander K. in der Forst- und Landwirtschaft des Niederreidenbacher Hofes eingesetzt. Sein Arbeitseinsatz fand jedoch nicht ununterbrochen statt. So kam er am 1. Oktober 1944 von einem Arbeitseinsatz am Westwall zurück. Über die Dauer und die Art des Einsatzes, wahrscheinlich Bauarbeiten, fanden sich keine Dokumente.

Auch von Alexander K. wurden Fotos sowie ein Arbeitsbuch angefertigt. Vielleicht trug er für die Aufnahmen jenen Anzug, für den das Hofgut am 4. Oktober 1943 einen Bezugschein beantragt hatte.

Als die Verwaltung des Niederreidenbacher Hofes Alexander K. am 10. April 1945 bei der polizeilichen Meldebehörde in Weierbach abmeldete, gab sie als neuen Wohnort „unbekannt“ an.

Alexander K. verstarb am 2. Juli 2001 in der Ukraine.



Ewdakija R. wurde am 3. Februar 1897 in Kursk geboren. Die verheiratete Russin arbeitete vom 17. Juni 1942 bis zum 31. März 1945 in der Landwirtschaft des Niederreidenbacher Hofes.

Sie hatte eine Tochter, die in der Villa „Erholung“ in Herborn, Kreis Birkenfeld, eingesetzt war. Die Verwaltung des Hofguts gestattete ihr, ihre Tochter zu besuchen. So zum Beispiel am Sonntag, den 12. Mai 1944, bis 20.00 Uhr. Die Strecke wurde mit der Eisenbahn und dem Autobus zurückgelegt. Für den 6. August 1944 ist ebenfalls ein Besuch bei ihrer Tochter belegt.

Am Beispiel von Ewdakia R. lässt sich sehr anschaulich darstellen, wie mangelhafte Russischkenntnisse und Verständigungsprobleme Hör-, Schreib- und Lesefehler nach sich zogen. So wurde Ewdakia R. zunächst als Warabiowa Eudakia in den Personalunterlagen und Abrechnungslisten geführt. Erst nach vier Monaten fiel dem Büro des Hofes der Fehler auf.

Am 31. März 1945 verließ Ewdakija R. das Hofgut. Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt.



Agripina S. wurde 1893 oder 1903 in Idrizta/ Weißrussland geboren. Im Sommer 1943 kam sie gemeinsam mit ihrem Mann und zwei ihrer drei Kinder in das Deutsche Reich. Zunächst arbeitete sie bei verschiedenen Landwirten in Bergen, bevor sie im November 1943 auf den Niederreidenbacher Hof wechselte.

Über eine Suchanzeige in einer sog. „Fremdarbeiterzeitung“ versuchte sie, ihr drittes Kind zu finden. Die Bitte um Veröffentlichung dieser Suchanzeige wurde von Pfarrer Rentrop an den Fremdsprachenverlag in Mylau/ Vogtland weitergeleitet. Im entsprechenden Schreiben vom 4. April 1944 heißt es:

“In der Anlage übersenden wir Ihnen ein Schreiben der bei uns eingesetzten Ostarbeiterin Agripina S. mit der Bitte, in der Zeitung “Trud – Die Arbeit”¹¹⁵ die Suchanzeige zu veröffentlichen. Soviel wir aus den Mitteilungen der Agr. Sch. entnehmen konnte, ist ein Sohn von ihr, der angeblich mit deutschen Soldaten zurückgegangen ist, auf einer Bahnstation verschwunden und seit dieser Zeit haben die Eltern nichts mehr von ihrem Sohn gehört. Da der Sohn die Absicht hatte, auch in Deutschland Arbeit zu suchen, nehmen sie an, dass er sich irgendwo im Reich befindet und sie durch Vermittlung ihrer Suche die Verbindung mit ihm wieder aufnehmen können.”

Die nächsten Sätze dieses Schreibens machen deutlich, wieso die Anstaltsleitung das Ersuchen von Agripina S. unterstützte:

“Die Mutter A. Sch. und eine minderjährige Tochter sind in unserem Betrieb und der Vater sowie weitere Angehörige der Familie bei Landwirten in der näheren Umgebung eingesetzt. Da es sich bei dieser Familie um sehr ordentliche und arbeitsame Leute handelt, wären wir erfreut, wenn eine Suchanzeige Erfolg hätte. ... Heil Hitler!”





Die Schülerin Walentina S. war am 21. Oktober 1929 in Idrizta/Weißrussland geboren worden und arbeitete zunächst gemeinsam mit ihrer Mutter für die Familie Karl R. in Bergen. Die 13jährige war dort als Hausmädchen eingesetzt. Nachdem ihre Mutter auf das Hofgut versetzt wurde, blieb Walentina alleine in Bergen zurück. Erst nach über einem halben Jahr folgte sie ihrer Mutter auf den Niederreidenbacher Hof, wo sie mit drei weiteren Zwangsarbeitskräften die umfangreiche Land- und Hauswirtschaft bis zum Kriegsende versorgte. Ob sie mit ihrer Familie nach Weißrussland zurückkehrte, ist ungewiss.

Geblieben ist ein Foto, das ein ernst blickendes, mittlerweile 14 Jahre altes Mädchen zeigt. Das Foto stammt aus Walentinas Arbeitsbuch, in dem Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, - aus heutiger Sicht entlarvend - ein angeblich gemeinsames Interesse zwischen Deutschen und

ausländischen ZwangsarbeiterInnen postulierte:

„Wie der deutsche, so dient auch der ausländische Arbeiter der Stirn und der Faust durch seinen Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich dem Neuaufbau Europas und dem Kampf um die lebenswichtigen Voraussetzungen für eine glückliche Zukunft und Wohlfahrt der Völker ...“



Abb 10: Abmeldebuch des Niederreidenbacher Hofes



Abb 11: Die Eremitage bei Bretzenheim ca. 1930

Eremitage bei Bretzenheim/Nahe

Die am 7. März 1928 eröffnete landwirtschaftlich geprägte Zweiganstalt Eremitage sollte, ähnlich wie der Niederreidenbacher Hof, der Selbstversorgung der Kolonisten und der dortigen Bewohner sowie als Nahrungsmittel- und Rohstofflieferant für die Mutteranstalt in Bad Kreuznach dienen.¹¹⁶

Das zur Eremitage gehörende Gelände wurde vorrangig für den Anbau von Kar-

toffeln, Weizen, Roggen, Gerste und Hafer genutzt. Es wurden Schweine und Hühner gezüchtet und Kühe und Pferde gehalten. Eine Gärtnerei und eigene Werkstätten (Schreinerei, Schuhmacherei und Schlosserei) rundeten das Bild ab. Die Arbeit in Land- und Viehwirtschaft leisteten hauptsächlich sog. „Kolonisten“, in der Regel Nichtsesshafte. Insgesamt standen 120 Wohnplätze für „Kolonisten“ zur Verfügung.

Der Einsatz von polnischen ZivilarbeiterInnen

Die Absicht, die anfallenden Arbeit weitgehend mit „Kolonisten“ zu bestreiten, erklärt die – selbst für Kriegszeiten äußerst geringe – Zahl von „Gefolgschaftsmitgliedern“, die die Diakonie-Anstalten im Januar 1943 dem Central-Ausschuss der Inneren Mission meldete.¹¹⁷ Lediglich 3 Frauen und 4 Männer, darunter ein landwirtschaftlicher Arbeiter sowie ein Pferdeknecht, taten Dienst auf der Eremitage, die auch als Altersheim für Männer diente (35 Plätze). (Der Niederreidenbacher Hof etwa meldete zum gleichen Zeitpunkt insgesamt 48 „Gefolgschaftsmitglieder“.)¹¹⁸

Es scheint schwer vorstellbar, dass eine Außenanstalt wie die Eremitage, die ursprünglich Platz für 120 Kolonisten und d.h. auch entsprechend viel Arbeit bot, gänzlich ohne zusätzliche Arbeitskräfte ausgekommen sein soll.

Die Einberufung der deutschen Männer in die Wehrmacht, auch jener, die zunächst als „wehrunwürdig“ gegolten hatten, trug zur Verknappung des Arbeitskräftepotenzials in der „Arbeiterkolonie“ bei.

Da der Niederreidenbacher Hof zeitweise (Oktober 1939 – August 1940) ebenso wie die Asbacher Hütte als Lazarett diente

und die dort ansässigen „Pfleglinge“ auf der Eremitage einquartiert wurden, kann davon ausgegangen werden, dass diese in Ermangelung sonstiger Arbeitskräfte gewiss ebenso zur Feld- und Hausarbeit herangezogen worden sind wie die Bewohner des Altenheimes.¹¹⁹ Allerdings dürften deren Arbeitsleistungen erheblich unter den eigentlichen Erfordernissen gelegen haben.

Die Klage über den Arbeitskräftemangel in den Außenanstalten war ein häufiges Thema während der Vorstandssitzungen. So dokumentieren die Sitzungsprotokolle vom 27. April 1940, 27. Juni 1941 und 30. November 1942 die Schwierigkeiten bei der Bestellung von Äckern und Gärten.¹²⁰

Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Leitung der Eremitage – ähnlich wie der Niederreidenbacher Hof – zumindest versuchte, zusätzliche Arbeitskräfte, etwa französische oder polnische Kriegsgefangene, die ab 1940 in großer Zahl nach Deutschland gebracht wurden, zu gewinnen.

Zu belegen ist allerdings nur der sehr späte (Mitte 1944) und kurzfristige Einsatz von vier polnischen StaatsbürgerInnen. Im einzelnen handelte es sich um das Ehepaar Marianna (*1897) und Wadyslaw K. (*1893)

sowie um ihren Sohn Stanislaw (*1931), hinzu kam Marianna J. (*1875). Am 25. April (!) 1945 verließen die vier FremdarbeiterInnen Bretzenheim.

Es finden sich jedoch Hinweise, die auf den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften bereits in den Jahren 1940 – 1943 hindeuten.

Ein Vorstandsprotokoll vom 29. März 1941 könnte den Schluss zulassen, dass auch auf der Eremitage Kriegsgefangene eingesetzt wurden. Es heißt dort:

“Unsere beiden Kolonien [der Niederreidenbacher Hof und die Eremitage, U.W.] sind nun sehr schwach, etwa zu $\frac{1}{4}$ besetzt, so dass sich der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft stark bemerkbar macht, und wir mit Kriegsgefangenen arbeiten müssen”.

¹²¹

Auch folgender Hinweis aus dem Jahresbericht 1940 könnte die Eremitage einschließen:

“Aus unseren Arbeiterkolonien zog die Kriegsnotwendigkeit nahezu die letzten leistungsfähigen Kräfte heraus. Mit dem Rest der 80-90 Kolonisten – in früheren Jahren zählten wir bis zu 350 Insassen – konnte die Arbeit in Feld, Garten und Wald nicht mehr geleistet werden, sind doch allein etwa 500 Morgen Ackerland zu bestellen. In diesem Sommer musste eine Kolonne Gefangener zur

Arbeit zugezogen werden.” ¹²²

Gleichwohl ist nicht ausgeschlossen, dass sich in dieser Zeit eine ausreichende Zahl an arbeitswilligen und arbeitsfähigen “Kolonisten” auf der Eremitage befand, die u.a. die beispielhaft genannten Leistungen erbrachten.

Leider ist keine Anwesenheitsliste der Eremitage aus dem hier interessierenden Zeitraum überliefert. Nicht eindeutig datierte Fliegerschadenmeldelisten¹²³ vermerken 27 Wanderer, 16 Pfléglinge, 2 Selbstzahler sowie an fest angestelltem Personal 1 Pferdeknecht, 1 Hausgehilfin sowie einen Bruder. In diesen Listen finden sich keinerlei Hinweise (wie etwa auf dem Niederreidenbacher Hof) auf eventuelle FremdarbeiterInnen. Falls allerdings Kriegsgefangene eingesetzt waren, lebten diese in den Lagern der Deutschen Wehrmacht und wurden bei Ersatzansprüchen bei Bombenschäden von den Arbeitgebern nicht erfasst.

Es bleibt also nach wie vor offen, ob – außer den vier Genannten – weitere FremdarbeiterInnen bzw. Kriegsgefangene auf der Eremitage beschäftigt waren.



Abb 12: Blick auf das Haupthaus des Ev. Kinderheimes Niederwörresbach ca. 1930

Niederwörresbach

Am 1. April 1893 übernahmen die Diakonie-Anstalten das mit einer Anstaltsschule verbundene „Mädchenrettungshaus“ (gegr. 16.10.1845) in Niederwörresbach bei Fischbach an der Nahe.¹²⁴ Geführt wurde die Einrichtung unter dem Namen „Erziehungsanstalt armer Mädchen und Kleinkinderheim“. Durch einen Neubau 1906 war das Heim nunmehr ausgelegt für

die Aufnahme von bis zu 100 „schwachbegabten“ weiblichen Kindern.¹²⁵

Die Arbeit in Niederwörresbach erstreckte sich vorrangig auf die Unterbringung, Versorgung, Pflege und Erziehung der dort untergebrachten Kinder und auch Säuglinge. Das Erziehungsheim deckte seinen Bedarf an Nahrungsmitteln entweder durch

Einkauf bei umliegenden Bauern und Molkereien, die Zweiganstalt Eremitage lieferte Gemüse und Obst,¹²⁶ der Niederreidenbacher Hof u.a. Schwarzbrot, Weißbrot und Graubrot.¹²⁷ Das Heim baute daher nur in vergleichsweise geringem Umfang landwirtschaftliche Produkte an. Zumindest 1943 und 1944 wurden Schweine gehalten.

Die Beschäftigung von ausländischen ZivilarbeiterInnen war anhand der gesichteten Unterlagen nicht nachweisbar. Der Umfang des Einsatzes von Kriegsgefangenen war gering.

Lediglich für das Jahr 1940 konnte der Einsatz von einem Kriegsgefangenen belegt werden.¹²⁸

Der Einsatz von Kriegsgefangenen

Aus dieser Aufgabenstruktur – Schwerpunkt auf Pflege und Erziehung – erklärt sich auch der zahlenmäßig geringe Einsatz von ausländischen Arbeitskräften.

17.07. – 31.07.1940	“Hilfeleistung 1 Kriegsgefangener”	RM 11,44
01.09. – 30.09.1940	“Hilfeleistung 1 Kriegsgefangener”	RM 20,80
ohne Datum	“f. Kriegsgefangenen”	RM 23,30
ohne Datum	“f. Kriegsgefangenen”	RM 19,65

Die beiden letzten Angaben weisen als Entgeltzahlungsdatum den 27.11. und den 20.12.1940 aus. Es kann daher von einer Beschäftigung von einem Kriegsgefangenen in den Monaten November und Dezember 1940 ausgegangen werden.

Zusätzlich hatte die Erziehungsanstalt Lagergeld an die Verwaltung des Kriegsgefangenenlagers zu entrichten. Dieses belief sich am 5.11.1940 auf RM 23.- und am 6.11.1940 auf RM 2,50.



Abb 13: Die Asbacher Hütte ca. 1930

Asbacher Hütte

Die Asbacher Hütte, eine ehemalige Eisenhütte, wurde den Kreuznacher Diakonien-Anstalten von Pfarrer Friedrich von Bodelschwingh, der diese selbst als Geschenk erhalten hatte, 1892 überlassen.¹²⁹ Unweit von Niederwörresbach gelegen, diente die Asbacher Hütte als „Bildungsanstalt für Schwachbegabte“ mit ungefähr

220 Plätzen. Das Erholungsheim „Salem“ für Diakonissen fand dort ebenfalls Unterkunft.¹³⁰

Lediglich für das Jahr 1943 kann Auskunft zu Anzahl und Beschäftigungsart der dort eingesetzten deutschen Arbeitskräfte gegeben werden. So waren im Januar 1943 insgesamt 26 deutsche Arbeitskräfte mit

der Pflege, Versorgung, Erziehung und Unterrichtung der Kinder betraut.¹³¹ Da nur eine weibliche Beschäftigte für nicht näher spezifizierte landwirtschaftliche Arbeiten vorgesehen war, kann von einer eher untergeordneten Bedeutung der Selbstversorgung ausgegangen werden. Vielmehr scheinen Lebensmittel und andere Güter von umliegenden Bauernhöfen bezogen worden zu sein. Eine nicht unerhebliche Rolle spielte hierbei der Niederreidenbacher Hof, in dessen Arbeitstagebuch 1940 sich zahlreiche Lieferungen von Stroh, Koks, Kohlen, Briketts, Runkeln, Steckrüben, Weißkraut, Weißkohl und Futtermitteln an die Asbacher Hütte¹³² finden lassen.

Der Einsatz von französischen Kriegsgefangenen

Zwar kann aufgrund der Dokumentenlage bis auf weiteres davon ausgegangen werden, dass die Leitung der Asbacher Hütte hinsichtlich der Zuteilung ausländischer Arbeitskräfte nicht selbst initiativ wurde, also keine entsprechenden Anträge an die zuständige Arbeitsverwaltung stellte; gleichwohl wurde auf die Arbeitsleistung von ausländischen Menschen zumindest in zwei Fällen nicht verzichtet. Das Arbeitstagebuch des Niederreidenba-

cher Hofes vermerkt unter Samstag, 28. Dezember 1940

„1 Gefg. mit Brot – bleibt a. d. Asb. Hütte“.¹³³ Und weiter: „1 Gef. Asb. Hütte mit Brot + Futterm. 1 Gefg. Asb. Hütte dasselbst.“¹³⁴

Offenkundig halfen sich die beiden Außenanstalten nicht nur mit Warenlieferungen, sondern auch mit Arbeitskräften aus. Sehr wahrscheinlich wurden weder Polizei noch Arbeitsamt über den zeitweiligen anderweitigen Einsatz des Gefangenen in Kenntnis gesetzt. Jedenfalls dokumentieren die einschlägigen Unterlagen des Hofgutes für den Januar 1941 keinen Fortfall ihrer französischen Arbeitskräfte. Für die Asbacher Hütte sind ebenfalls keine Anmeldungen bei Polizei o.ä. dokumentiert. Wie lange die beiden Kriegsgefangenen auf der Asbacher Hütte blieben, kann daher nicht gesagt werden.



Abb 14: Das Rheinwaldheim bei Rheinbrohl ca. 1930

Rheinwaldheim

Das Rheinwaldheim bei Rheinbrohl (Kreis Neuwied) diente als Sommerpension für Kurgäste (30 Betten) sowie als Haushaltungsschule, die am 15. 11. 1920 eröffnet worden war, jedoch immer weniger Zuspruch fand.¹³⁵ Während des Krieges wurde es zur Aufnahme von alten und kranken Menschen, insbesondere deutschstämmigen Flüchtlingen aus den 1940 von der UdSSR besetzten Baltenstaaten, verwendet. So wurden bspw. im Sommer 1941 56 alte Baltendeutsche aufgenommen.¹³⁶

Im Rheinwaldheim konnten weder der Einsatz von Kriegsgefangenen noch von zivilen FremdarbeiterInnen nachgewiesen werden. Die im Januar 1943 gezählten 9 weiblichen „Gefolgschaftsmitglieder“ in Küche, Haus, Garten und Pflege bewältigten offenbar ohne fremde Hilfe die anfallenden Arbeiten.¹³⁷

Im März 1945 quartierten sich vorübergehend befreite polnische, französische und russische Kriegsgefangene bzw. ZivilarbeiterInnen im Rheinwaldheim ein.



Abb 15: Der Kleinrechtenbacher Hof bei Wetzlar ca. 1930

Kleinrechtenbacher Hof bei Wetzlar

Im November 1855 eröffnete der Wetzlarer Kreisverband der Inneren Mission auf dem Kleinrechtenbacher Hof die „Rettungsanstalt für sittlich verwaahlte Kinder“.¹³⁸

Das Kinderheim trug sich finanziell in keiner Weise und Überlegungen, den Hof einer größeren Anstalt anzugliedern, führten zu dessen Verkauf an die Kreuznacher Diakonie im Jahre 1897. Einige Jahre dien-

te der Hof als Pflegeheim für behinderte Männer. 1902 zogen die Männer in die Hauptanstalt nach Bad Kreuznach um und der Hof wurde wieder Kinderheim. Während des Zweiten Weltkrieges fanden nicht nur Kinder, sondern auch Frauen aus einem Wetzlarer Altersheim sowie verwundete deutsche Soldaten Unterkunft und Verpflegung.

Die zwar vorhandene, aber nicht sehr

große Landwirtschaft wurde von Diakonissen, kräftigen Waisenkindern (insbesondere von einem Pflegling namens „Otto“) sowie von Nachbarn (Familie P.)¹³⁹ versorgt.

Der Einsatz von FremdarbeiterInnen oder Kriegsgefangenen zur Aufrechterhaltung der Landwirtschaft war daher nicht notwendig.

Der Einsatz eines russischen Zivilarbeiters

Lediglich im März 1945 arbeitete ein russischer Zivilarbeiter auf dem Kleinrechtenbacher Hof.¹⁴⁰ Drei Wochen lang versorgte der etwa 30jährige Russe gemeinsam mit dem Bewohner Otto das Vieh (wenige Kühe) und verrichtete sonstige anfallende Arbeiten. Feldarbeiten, etwa pflügen oder einsäen, fielen nicht an, da die Witterung diese Arbeiten nicht zuließ.

Die Einsatzzeit dieses namentlich nicht bekannten Fremdarbeiters war nur kurz, aber für ihn ließen sich konkrete Lebensumstände rekonstruieren. Untergebracht war der Russe im Zimmer des Bewohners Otto, die Mahlzeiten nahm er gemeinsam mit den anderen BewohnerInnen ein. Er saß mit den Kindern an einem Tisch und erhielt das gleiche Essen und die gleiche Menge wie alle anderen. Als die amerika-

nischen Streitkräfte einmarschierten, war der russische Fremdarbeiter „plötzlich verschwunden“, wie Sr. Frieda mitteilte. Sie konnte auch von einer bemerkenswerten Begebenheit berichten, die ihr nachhaltig im Gedächtnis geblieben und der es letztlich wohl auch zu verdanken ist, dass sie sich an den russischen Arbeiter erinnerte. Im März 1945 starb auf Rechtenbach ein Pflegling. Der russische Zivilarbeiter und Otto erhielten den Auftrag, ein Grab auszuheben. Als die Beerdigung nahte und der Sarg herabgelassen werden sollte, verkeilte sich dieser. Es stellte sich heraus, dass das Grab zu schmal geraten war.

Die Schwestern hoben nun den Sarg wieder heraus und der Fremdarbeiter verbreiterte die Grabstätte. Die Beerdigung fand schließlich mit etwas Verspätung statt.

Resümee

Während des Zweiten Weltkrieges bildete die Verwendung ausländischer Arbeitskräfte eine der maßgeblichen Säulen der Wirtschaft des Deutschen Reiches.

Für den Alltag der deutschen Bevölkerung war der Einsatz von ZwangsarbeiterInnen eine Bedingung dafür, dass trotz kriegsbedingt erschwelter Lebensumstände eine gewisse wirtschaftliche und soziale „Normalität“ aufrechterhalten werden konnte.

Zwangsarbeit war sichtbare Normalität und zugleich deren Voraussetzung.

In dieser „Normalität“ bewegte sich auch die Diakonie Bad Kreuznach in den Jahren von 1940 bis 1945. Sie nahm in vielfältiger Weise am System und der Praxis der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus teil.

Die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen begegneten der Kreuznacher Diakonie in verschiedenen Rollen und Situationen:

- als von ihr (dringend) benötigte und schließlich eingesetzte Arbeitskräfte,
- als hilfsbedürftige PatientInnen,
- als Objekte nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik

- und schließlich als zu verpflegendes und zu verteilendes „Gut“ der deutschen Arbeitsverwaltung.

Unter den Bedingungen eines Krieges von zuvor nicht gekanntem Ausmaß, dem nach und nach alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Belange untergeordnet wurden, befand sich die Diakonie in einer Verantwortungs- und Handlungssituation, die christlich-diakonische Verpflichtung und schuldhaftes Handeln auf tragische Weise ineinander verschränkte. Ohne die Verwendung ausländischer Arbeitskräfte hätte die Diakonie Bad Kreuznach die Versorgung, die Pflege und die Unterstützung der ihr anvertrauten und in hohem Maße gefährdeten Hilfsbedürftigen und Bedrohten¹⁴¹ nicht in dem schließlich erfolgten Umfang leisten können.

Die in den Kreuznacher Anstalten und Nebenanstalten eingesetzten Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen blieben – soweit ersichtlich – von brutaler Behandlung (Züchtigung, Essensentzug usw.) verschont. Ihr Status als weitgehend rechtlose, materiell und sozial diskriminierte Menschen war jedoch für ihre alltägliche Arbeits- und Lebenssituation konstitutiv

und wurde von den damals Verantwortlichen der Kreuznacher Diakonie durch die weitgehende Umsetzung der rassistisch motivierten Vorschriften, z.B. die „Einsatzbedingungen der Ostarbeiter“, stets aufs Neue bestätigt.

Tradierte Vorbehalte und Ängste gegenüber Ausländern, die Radikalisierung des öffentlichen und privaten Lebens durch einen Krieg, der mehr und mehr im eigenen Land stattfand, sowie das eigene, vielfach auch als ungerecht empfundene Leid mögen im Bewusstsein der Diakonie-Anstalten das eigene Handeln gerechtfertigt und die Verantwortung für das – mitverschuldete – Schicksal von Walentina S., Alexander K. und der vielen anderen relativiert haben.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	333
	334
Abb 1: Postkarte ca. 1936, unverzeichnet, AKD	335
Abb 2: LHA Koblenz 512.14 Nr. 941	472 a
Abb 3: Ordnungsamt Bad Kreuznach	651
Abb 4: Postkarte ca. 1930, unverzeichnet, AKD	652
Abb 5: AKD 1034	656
Abb 6: AKD 1087 A	892
Abb 7: AKD 1087 A	905 a
Abb 8: AKD 1087 A	905 b
Abb 9: AKD 1234, Postkarte unverzeichnet, AKD	930
Abb 10: AKD 1110	939
Abb 11: Postkarte ca. 1930, unverzeichnet, AKD	1034
Abb 12: Postkarte ca. 1930, unverzeichnet, AKD	1087 A
Abb 13: Postkarte ca. 1930, unverzeichnet, AKD	1087 B
Abb 14: Postkarte ca. 1930, unverzeichnet, AKD	1121
Abb 15: Postkarte ca. 1930, unverzeichnet, AKD	1170
außerdem Fotos auf den Seiten 67-71 aus	1171
AKD 1087 A	1173
	1177
Ungedruckte Quellen	1234
	1423
Archiv der Kreuznacher diakonie (AKD)	1426
21 c	D 117
35 c	E 19
45	
149 c	Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK)
150	512.14 Nr. 876
153 a	512.14 Nr. 877
325 (925)	512.14 Nr. 881
331	512.14 Nr. 898
332	512.14 Nr. 938

512.14 Nr. 941
570.6
570.8 Nr. 93
570.8 Nr. 95
570.8 Nr. 96
570.8 Nr. 100
570.8 Nr. 103
570.8 Nr. 104
655.209 Nr. 134
662.6 Nr. 449
881

Archiv der AOK Bad Kreuznach

2011, I aus 1942 (zuvor 26362)
2011, I aus 1942 (zuvor 26363)
2011, I aus 1942 (zuvor 26364)
2011, I aus 1942 (zuvor 26365)
2011, I aus 1942 (zuvor 26366)
2011, I aus 1942 (zuvor 26367)
2011, I aus 1942 (zuvor 26368)
2011, I aus 1942 (zuvor 26369)
2011, I aus 1943
2012, II aus 1943
2012, I aus 1944
2013, II aus 1944
2012, I aus 1945
2012, II aus 1945
2013, II aus 1945
2014 aus 1945

Archiv der AOK Idar-Oberstein

1942 Nr. 321
1943 Nr. 301
1944 Nr. 301
1945 Nr. 301

Archiv des Ordnungsamtes Bad Kreuznach

II 001 „Ausländer“
II 007 „Ausländer“
II 008 „Ausländer“
II 009 „Ausländer“
II 015 „Ausländer“
II 017 „Ausländer“
II 024 „Ausländer“
II 029 „Ausländer“
II 031 „Ausländer“
II 032 „Ausländer“
II 033 „Ausländer“
II 034 „Ausländer“
II 038 „Ausländer“
II 094 „Ausländer“
II 098 „Ausländer“

Archiv des Standesamtes Bad Kreuznach

Geburtenbuch 1943, Bde. 1, 2 u. 3
Geburtenbuch 1944, Bde. 1 u. 2
Geburtenbuch 1945, Bd. 1

Sterbebuch 1944, Bd. 1

Sterbebuch 1945, Bd. 1

Archiv des Diakonischen Werkes des Rhein-landes, Düsseldorf

Bestand Ohl Nr. 66.5.2.10.

Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat), Bad Kreuznach

Akte Ostarbeiterbaracke

Interviews/Befragungen/Korrespondenzen

Sr. Sophie B. (Bad Kreuznach)

Sr. Frieda B. (Bad Kreuznach)
Sr. Eva G. (Rechtenbach bei Wetzlar)

Dr. Dieter Behrens (Bad Kreuznach)
Dr. Martin Hamburger (Remscheid)
Gustav H. (Bad Kreuznach)
Wladimir Maljutin (Donezk, Ukraine)

Gedruckte Quellen und Literatur

Matthias Benad/Wolfgang Motzkau-Valeton/Kerstin Stockhecke, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in den v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel 1939-1945. Ein Zwischenbericht vom September 2000.

Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, Opladen 1986.

Helmut Bräutigam, „Wir beherbergten Angehörige der Ostvölker, Männer vom Balkan ...“. Fremd- und Zwangsarbeit im Evangelischen Johannesstift 1939 bis 1945, Manuskript, Berlin 2001.

Peter Brommer (Hg.), Die Partei hört mit. Lageberichte und andere Meldungen des Sicherheitsdienstes der SS, der Gestapo und sonstiger Parteidienststellen im Gau Moselland 1941/1945, Bd. 2, Teil 1 u. 2, Koblenz 1992.

Uwe Danker/Annette Grewe/Nils Köhler/Sebastian Lehmann (Hg.), „Wir empfehlen Rückverschickung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnt“. Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939-1945, Bielefeld 2001.

Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach (Hg.), 50 Jahre Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach. Eine Jubiläumsschrift, Bad Kreuznach 1939.
Dies. (Hg.), 100 Jahre Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach 1889 – 1989, Bad Kreuznach 1989.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, „Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich“ 1942, 1943 und 1944.

Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des 'Ausländereinsatzes' in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

Martin Hamburger, Von Bethel bis Kreuznach – Der Weg des rheinischen Pfarrers Johannes Hanke (1887 – 1958) in Kirche und Innerer Mission vom späten Kaiserreich bis zur frühen Bundesrepublik“, erscheint im Frühjahr 2002.

Peter Hammerschmidt, Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat. Die NSV und die konfessionellen Verbände Caritas und Innere Mission im Gefüge der Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus, Opladen 1999.

Johannes Hanke, Unter der Wolke, Bad Kreuznach 1949.

Ders., „Die offene Tür“ 1939, 1940, 1946 u. 1954.

Stephan Janker, Zwangsarbeitereinsätze in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Württemberg). Broschüre des Diözesanarchivs Rottenburg, Stand: 08.02.2001.

Jochen-Christoph Kaiser, Sozialer Protestantismus im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der Inneren Mission 1914 – 1945, München 1989.
Ders., Das Marburger Projekt zur Erforschung der Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie, 1939-1945, in: epd-Dokumentation, Nr. 14/01, S. 22-24.

Uwe Kaminsky, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933-1945, Köln 1995.

Ders., Dienen unter Zwang, Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkrieges, Köln 2002.

Hans Küppers/Rudolf Bannier, Einsatzbedingungen der Ostarbeiter sowie der sowjetrussischen Kriegsgefangenen, Berlin 1942.

Gunther Link, Eugenische Zwangssterilisationen und Schwangerschaftsabbrüche im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.

Kurt Meier, Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich, München 2001.

Jens Murken, Zwangsarbeit in diakonischen und kirchlichen Einrichtungen, in: Hohenheimer Protokolle, Stuttgart 2001, Bd. 55, S. 1- 14.

Reichsgesetzblatt I, 1942, 1943 u. 1944.

Konrad Repgen (Hg.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945, Bd. VI (1933-1945), Mainz 1985.

Annette Schäfer, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939-1945, Stuttgart 2000.

Gisela Schwarze, Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997.

Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart/München 2001.

Ulrike Winkler (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000.

Dies., „Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen“ – Zwangsarbeit in deutschen Haushalten, in: dies. (Hg.), Stiften gehen, S. 146-168.

Dies., ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene in den Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach von 1940 bis 1945, Bad Kreuznach 2001 (unveröff. Manuskript)

Dies., Die „Ostarbeiterkrankenbaracke“ bei den Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach 1943 – 1948, in: *Uwe Kaminsky*, Dienen unter Zwang, S. 164-186.

Fußnoten

¹ Jesaja 61,5.

² Johannes Hanke, Unter der Wolke, Bad Kreuznach 1949, S. 13.

³ Unter der Wolke, S. 32. Ein ähnliches Fazit zog das Kuratorium der Ev. Johannesstiftung und des Ev. Johannesstifts am 3. Juli 1945. Auffällig ist eine annähernd teilweise gleiche Wortwahl. Siehe: Helmut Bräutigam, „Wir beherbergten Angehörige der Ostvölker, Männer vom Balkan ...“. Fremd- und Zwangsarbeit im Evangelischen Johannesstift 1939 bis 1945, Manuskript, Berlin 2001, S. 1.

⁴ Dies gilt nach bisherigem Forschungsstand für alle diakonischen Einrichtungen. Siehe Jens Murken, Zwangsarbeit in diakonischen und kirchlichen Einrichtungen, in: Hohenheimer Protokolle, Stuttgart 2001, Bd. 55, S. 1-14, hier S. 2; Uwe Kaminsky, Dienen unter Zwang, Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkrieges, Köln 2002, S. 35-53 u. S. 256ff.

⁵ Siehe grundlegend: Jochen-Christoph Kaiser, Sozialer Protestantismus im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der Inneren Mission 1914 – 1945, München 1989, S. 227-443. Und für einen Überblick zu evangelischer Kirche und Nationalsozialismus: Kurt Meier, Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich, München 2001.

⁶ Siehe grundlegend: Uwe Kaminsky, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten

sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933-1945, Köln 1995.

⁷ Die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ wurde 1931 als lokaler Selbsthilfeferein in Berlin gegründet und expandierte ab 1933 unter ihrem Leiter Erich Hilgenfeldt zur zweitgrößten Massenorganisation nach der DAF (Deutsche Arbeitsfront) mit über 17 Millionen Mitgliedern 1943. Durch ihre hohen Finanzmittel (Spenden, Mitgliedsbeiträge, staatliche Subventionen) drang sie in alle sozialen Bereiche des Staates vor und versuchte, andere Wohlfahrtseinrichtungen (Diakonie, Caritas usw.) zu verdrängen. Siehe für einen allgemeinen Überblick: Peter Hammerschmidt, Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat. Die NSV und die konfessionellen Verbände Caritas und Innere Mission im Gefüge der Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus, Opladen 1999.

⁸ Dem entspricht etwa auch der gruppenweise Einsatz von FremdarbeiterInnen und deren geschlossene Umsetzung.

⁹ Siehe hierzu: Jochen-Christoph Kaiser, Das Marburger Projekt zur Erforschung der Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie, 1939-1945, in: epd-Dokumentation, Nr. 14/01, S. 22-24, hier S. 23.

¹⁰ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des 'Ausländereinsatzes' in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999, S. 437.

¹¹ „Ostarbeiter sind diejenigen Arbeitskräfte nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die im Reichskommissariat Ukraine, im Generalkommissariat Weißruthenien oder in

Gebieten, die östlich an diese Gebiete und an die früheren Freistaaten Lettland und Estland angrenzen, erfasst und nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht in das Deutsche Reich einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren gebracht und hier eingesetzt werden.“ § 1 der Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter v. 30.06.1942, RGBl. I, 1942, S. 419.

Der Begriff des „Ostarbeiters“ besitzt eine rassistische Konnotation und wird daher in vorliegender Arbeit in Anführungszeichen gesetzt.

¹² Die folgenden Angaben sind entnommen aus: Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach (Hg.), 50 Jahre Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach. Eine Jubiläumsschrift, Bad Kreuznach 1939, S. IXff.

¹³ Eine Dissertation zu Hankes Lebens- und Arbeitsweg ist von dessen Enkelsohn vorgelegt worden und wird im Frühsommer 2002 erscheinen, siehe: Martin Hamburger, „Von Bethel bis Kreuznach – Der Weg des rheinischen Pfarrers Johannes Hanke (1887-1958) in Kirche und Innerer Mission vom späten Kaiserreich bis zur frühen Bundesrepublik“.

¹⁴ Diese Zahlen ergaben sich aus der Volkszählung vom 17.05.1939, siehe „50 Jahre Diakonie-Anstalten“, S. XV.

¹⁵ Siehe Jahresbericht 1943/1944. AKD: Akte 153a. Die Jahresberichte für 1942 und 1945 fehlen.

¹⁶ Siehe zur Inspektion der Diakonie durch die Militärverwaltung des Wehrkreises XII am 26. August 1939 den ausführlichen Vorstandsbericht vom 19.10.1939. AKD: Akte 149 c. Für weitere Einzelheiten zu Organisation und Ausstattung des Lazaretts siehe die umfangliche Korrespondenz

zwischen Diakonie-Anstalten und den zuständigen Militärbehörden bzw. dem Roten Kreuz. AKD: Akte 472 a.

¹⁷ Siehe Meldung der Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach an die Innere Mission aufgrund deren statistischer Rundfrage im Januar 1943. Archiv des Diakonischen Werkes im Rheinland: Bestand Ohl Nr. 66.5.2.10.

¹⁸ Protokoll der Vorstandssitzung vom 27.06.1941. AKD: Akte 150. Siehe auch die Protokolle vom 04.02.1939 und 03.06.1939 (Akte 149 c) sowie das Protokoll vom 20.10.1940 (Akte 153 a).

¹⁹ Jahresbericht gegeben am 20.10.1940. AKD: Akte 153 a.

²⁰ Bericht zur Vorstandssitzung vom 25.04.1942. AKD: Akte 150.

²¹ Schreiben von Pfarrer Hanke an den Generalsuperintendenten der Rheinprovinz Stoltenhoff vom 13.06.1942. AKD: Akte 21 c.

²² Interview mit Sr. Sophie B. vom 04.10.2000, S. 2.

²³ Mit Stichtag 10. Juli 1942 waren im Arbeitsamtsbezirk Kreuznach 2.671 FremdarbeiterInnen, darunter 1.475 „OstarbeiterInnen“ eingesetzt gewesen. Siehe GBA, Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich, Nr. 17 vom 05.09.1942.

²⁴ Landrat des Kreises Kreuznach an das Gesundheitsamt Kreuznach am 30.05.1943. LHAK 512.14 Nr. 876.

²⁵ Landesarbeitsamt Rheinland an den Regierungspräsidenten in Koblenz am 15.06.1942. LHAK 512.14 Nr. 941. Siehe auch zur „Ostarbeiterbaracke“ bei der Diakonie Bad Kreuznach Volker Wittmütz, Die Diakonie Bad

Kreuznach in der Zeit des „Dritten Reiches“, in: 100 Jahre Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach 1889 – 1989, Bad Kreuznach 1089, S. 237; Kaminsky, Zwangssterilisation und 'Euthanasie', S. 269f.

²⁶ Schreiben der Diakonie-Anstalten an das Landesarbeitsamt Rheinland vom 20.07.1942. LHAK 512.14 Nr. 941. Für nachfolgende Zitate ebd.

²⁷ Siehe einen Lageplan vom 06.02.1948. Archiv des Technikzentrums der *kreuznacher diakonie*, ohne Signatur.

²⁸ Schreiben von Dr. Alfred Behrens an Pfarrer Hanke vom 02.01.1943. Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke. Ich danke Herrn Dr. Dieter Behrens für die freundliche Zurverfügungstellung dieser Unterlagen.

²⁹ LHAK 512.14 Nr. 941.

³⁰ Schnellbrief des Reichsarbeitsministeriums an die Präsidenten der Landesarbeitsämter vom 27.03.1942. LHAK 512.14 Nr. 876.

³¹ Schreiben von Pfarrer Hanke an das Arbeitsamt Bad Kreuznach vom 19.06.1943. Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.

³² Schreiben des Gauarbeitsamtes Moselland an den Kreisarzt in Bad Kreuznach vom 16.09.1943. LHAK 512.14 Nr. 941.

³³ Ebd.

³⁴ Schreiben von Pfarrer Hanke an das Arbeitsamt Bad Kreuznach vom 23.02.1943. Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.

³⁵ Schreiben des Ärztlichen Dienstes des Gauarbeitsamtes Moselland an den Präsidenten des Gauarbeitsamtes Moselland vom 10.01.1944. LHAK 512.14 Nr. 876.

³⁶ Schreiben von Dr. Behrens an die Direktion der Diakonie-Anstalten vom 10.06.1943 (Abschrift). Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke. Am 19.06.1943 übersandte Pfarrer Hanke dem Arbeitsamt Kreuznach eine Mängelliste, die neben „60 Deckenbezügen, 60 Kissenbezügen“ auch die Bereitstellung von „4 Handtüchern, 5 Essenstransportgefäßen, 3 Löffeln, 1 Mülleimer ...“ forderte. Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.

³⁷ Schreiben des Ärztlichen Dienstes des Gauarbeitsamtes Moselland an den Präsidenten des Gauarbeitsamtes Moselland vom 10.01.1944. LHAK 512.14 Nr. 876.

³⁸ Eine wahrscheinlich von Dr. Alfred Behrens selbst geführte Liste benennt mit diesem Datum die Aufnahme der ersten PatientInnen. Siehe für die Belegungsliste mit dem Titel „ab 1.4.1943 wurden nachstehende Ostarbeiter in der O.B.Baracke [sic] verpflegt“. Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.

³⁹ Für den folgenden Zeitraum ist keine Belegungsliste überliefert. „Erläuterungen zur Belegung der Krankenbaracke für Ostarbeiter in den Diakonie-Anstalten in der Zeit vom 8.4.-6.10.1943.“ (Abschrift an den Obermedizinalrat Dr. Dietrich, Koblenz). Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke. Die Belegungsliste nennt lediglich die Namen sowie die Daten der Verweildauer der PatientInnen. Zu Art und Schwere der Erkrankungen finden sich keinerlei Hinweise. Für FremdarbeiterInnen in Schleswig-Holstein ergab die Auswertung der Archivalien des ITS Bad Arolsen als deren häufigste Krankheitsursachen Verletzungen, Grippe,

chirurgische Hautinfekte sowie Erkrankungen des Magens (aufgrund der prekären Ernährungssituation), siehe: Annette Grewe, Krankheit als Alltag und Schicksal. Die medizinische Versorgung Zwangsarbeitender in Schleswig-Holstein, in: Uwe Danker/Annette Grewe/Nils Köhler/ Sebastian Lehmann (Hg.), „Wir empfehlen Rückverschickung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnt“. Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939-1945, Bielefeld 2001, S. 43-92, hier: S. 68.

⁴⁰ Schreiben des Betriebsarztes der Firma Seitz an das Gesundheitsamt Kreuznach vom 18.07.1944 sowie das Schreiben des Gesundheitsamtes Kreuznach an das Arbeitsamt Kreuznach vom 25.01.1945. LHAK 512.14 Nr. 941.

⁴¹ Schreiben von Dr. Behrens an die Direktion der Diakonie-Anstalten vom 10.06.1943 (Abschrift). Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.

⁴² Gisela Schwarze, Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997, S. 142.

⁴³ Siehe hierzu: Sebastian Lehmann, „... stärkste Befürchtungen, dass das Kind doch der Allgemeinheit zur Last fällt“. Schwangerschaft und Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein, in: Danker u.a., S. 193-221, hier: S. 194f. Sowie: Annette Schäfer, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939-1945, Stuttgart 2000, S. 160-173; Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart/München 2001, S. 205-209.

⁴⁴ Die im Sauckel-Erlass vereinzelt vorgesehenen

Ausnahmen für „Nichtostarbeiterinnen“ wurden von einem Himmeler-Erlass vom 27. Juni 1943 über die „Behandlung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen und der im Reich von ausländischen Arbeiterinnen geborenen Kinder“ aufgehoben. Siehe hierzu auch: Link, Eugenische Zwangssterilisationen und Schwangerschaftsabbrüche im Nationalsozialismus, S. 452. Vgl. ferner Bock, Zwangssterilisation, S. 447; Herbert, Fremdarbeiter, S. 287-291.

⁴⁵ Von diesen 13 Geburten waren 8 „anormal“ bzw. solche, die einer „Nachbehandlung“ bedurften. Siehe: „Erläuterungen zur Belegung der Krankenbaracke für Ostarbeiter in den Diakonie-Anstalten in der Zeit vom 8.4.-6.10.1943.“ (Abschrift an den Obermedizinalrat Dr. Dietrich, Koblenz). Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke. Die Geburtsbücher des Standesamtes Bad Kreuznach weisen vom Juni 1943 zum Dezember 1944 insgesamt 23 von der Diakonie gemeldete Geburten von „Ausländerkindern“ aus. Es befanden sich auch zwei Zwillingsgeburten darunter.

⁴⁶ Herbert, Fremdarbeiter, S. 288f.

⁴⁷ Schreiben des Gesundheitsamtes an den Regierungspräsidenten in Koblenz vom 14.10.1943, betr.: Verfügung I 8 Nr. 559/43 Schwangerschaftsunterbrechungen bei Ostarbeiterinnen. LHAK 512.14 Nr. 876.

⁴⁸ Bericht zur 92. Vorstandssitzung vom 08.11.1943. AKD 150.

⁴⁹ Bericht zur 92. Vorstandssitzung vom 08.11.1943. AKD 150. Für nachfolgende Zitate ebd.

⁵⁰ Eine Abschrift des Gutachtens vom 08.10.1943 findet sich in der Akte Ostarbeiterbaracke im privaten Nachlass Dr. Alfred Behrens

⁵¹ Ebd. Inwieweit Pfarrer Hanke das Argument des „gesunden Volksempfindens“ taktisch instrumentalisierte oder eine solche Haltung teilte, muss offen bleiben.

⁵² Die katholische Kirche begriff die Abtreibungen als Fortführung der Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens, daher der Begriff „Euthanasierung“, vgl. Bock, Zwangssterilisation, S. 488.

⁵³ Bericht zur 92. Vorstandssitzung vom 08.11.1943. AKD 150.

⁵⁴ Bericht zur 92. Vorstandssitzung vom 08.11.1943. AKD 150. Als Standort war u.a. Sobernheim/Nahe vorgesehen gewesen.

⁵⁵ Schreiben des Regierungspräsidenten an das Gesundheitsamt Kreuznach vom 22.10.1943, betr. Schwangerschaftsunterbrechungen bei Ostarbeiterinnen. LHAK 512.14 Nr. 876.

⁵⁶ Siehe hierzu einen Bericht der SD-Außenstelle Kreuznach über die Besichtigung der Firma Dr. Jacob, Chem. Fabrik, Bad Kreuznach, an den SD-Abschnitt Koblenz am 22.11.1943: „An 2 Ostarbeiterinnen wurden vor 14 Tagen in der hiesigen Diakonieanstalt die Schwangerschaft unterbunden und sind diese wieder in Arbeit.“ LHAK 662.6 Nr. 449.

⁵⁷ Im Oktober 1945 interessierte sich auch der Regierungspräsident in Koblenz für die in der Diakonie durchgeführten Abtreibungen. Allerdings endet zu diesem Zeitpunkt die gute Überlieferungslage. Siehe für die Korrespondenz zwischen der Diakonie und dem

Regierungspräsidenten LHAK 512.14 Nr. 941.

⁵⁸ Schreiben des Regierungspräsidenten an den Landrat des Kreises Kreuznach vom 06.03.1944. LHAK 512.14 Nr. 941.

⁵⁹ Das Problem des Fleckfiebers begleitete die Organisatoren des „Reichseinsatzes“ von Beginn an. Siehe hierzu Miriam Ströh, Fleckfieber und Zwangsarbeit, in: Danker u.a., S. 222-242.

⁶⁰ Schreiben des Gesundheitsamtes an den Regierungspräsidenten in Koblenz vom 08.12.1943. LHAK 512.14 Nr. 941.

⁶¹ Für die Zahlenangabe siehe: Schreiben des Ärztlichen Dienstes des Gauarbeitsamtes Moselland an den Präsidenten des Gauarbeitsamtes Moselland vom 10.01.1944. LHAK 512.14 Nr. 876.

⁶² Schreiben des Gesundheitsamtes Kreuznach an den Ärztlichen Dienst des Gauarbeitsamtes Moselland vom 10.01.1944. LHAK 512.14 Nr. 941. Siehe hierzu auch das Schreiben des Gesundheitsamtes Simmern an den Präsidenten des Gauarbeitsamtes Moselland vom 08.03.1944. LHAK 512.14 Nr. 876.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Auch Dr. Behrens wandte sich eindringlich gegen eine Umwidmung der Baracke: „Gegen den Plan, die Baracke sozusagen zu einer Seuchenabteilung zu machen, muss ich schärfstens protestieren. ... Und wie soll das werden bei Typhuskranken, wenn diese beiden Arbeiterinnen überall in der Anstalt ihre Dienste zu versehen haben, so vor allen Dingen in den Küchenräumen u. in der Krankenaufnahme? Die Baracke verfügt in keiner Weise über die notwendigen sanitären Anlagen, die

Abortverhältnisse sind ungenügend u. schließlich hat der Lagerverwalter bzw. das gesunde Personal Anspruch auf einen nicht infizierbaren Lokus.“

Schreiben von Dr. Behrens an das Arbeitsamt Kreuznach vom 06.12.1943. Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.

⁶⁵ Schreiben von Dr. Alfred Behrens an Pfarrer Hanke (mit der Bitte um Bekanntgabe an das Arbeitsamt) vom 30.04.1943. Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.

⁶⁶ Schreiben von Dr. Behrens an das Arbeitsamt Bad Kreuznach vom 06.12.1943. Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Schreiben von Dr. Behrens an die Direktion der Diakonie-Anstalten vom 10.12.1943. LHAK 512.14 Nr. 941.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Schreiben des Gesundheitsamtes Kreuznach an den Sicherheitsdienst des RF SS Abschnitt Koblenz, Außenstelle Kreuznach-Birkenfeld vom 20.05.1944. LHAK 512.14 Nr. 941.

⁷¹ Ebd.

⁷² Bericht der SD-Außenstelle Bad Kreuznach (an den SD-Abschnitt Koblenz) vom 09.10.1943, in: Peter Brommer (Hg.), Die Partei hört mit, Band 2: Lageberichte und andere Meldungen des Sicherheitsdienstes der SS, der Gestapo und sonstiger Parteidienststellen im Gau Moselland 1941-1945, Teil 1 1942 – 1943, S. 379. Für nachfolgende Zitate ebd.

⁷³ Die Partei hört mit, S. 380.

⁷⁴ Standesamt der Stadt Bad Kreuznach: Sterbebücher 1944, 1 Nr. 11; 1945, 1 Nr. 259, Nr. 338, Nr. 339.

⁷⁵ Ende September 1944 waren 6.558 FremdarbeiterInnen (davon 3.224 „OstarbeiterInnen“) im Arbeitsamtsbezirk Kreuznach registriert, siehe GBA, Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich, Nr. 11/12 v. 30.12.1944.

⁷⁶ Siehe Interview d.V. mit dem ehemaligen Diakonie-Mitarbeiter Gustav H. vom 19.09.2000, S. 3.

⁷⁷ Für die Zeit von Juli 1950 bis November 1951 berichteten die Diakonie-Anstalten dem Gesundheitsamt Kreuznach von 14 polnischen und ukrainischen PatientInnen (Geburtsjahrgänge 1894 – 1924). Vier von ihnen verstarben an Herzinsuffizienz, an einem Lymphsarkom, aufgrund einer Salvarsanvergiftung sowie nach einer Magenoperation. Siehe für gemachte Angaben und weitere Details die Aufstellungen der Diakonie-Anstalten bzw. des Gesundheitsamtes Kreuznach, o.D. in: LHAK 512.14 Nr. 876 und 881.

⁷⁸ Siehe Interview d.V. mit dem ehemaligen Diakonie-Mitarbeiter Gustav Hein vom 19.09.2000, S. 6. Auf dem bereits erwähnten Lageplan vom Februar 1948 ist sie indes noch vermerkt.

⁷⁹ Sehr stark getroffen wurde u.a. die Firma Dr. Jacob. Fünf Sowjetbürgerinnen, darunter drei Kinder, fanden den Tod. LHAK: Bestand 570.8 Nr. 95.

⁸⁰ Siehe zum Ablauf der Angriffe und für eine detailreiche Schilderung der Schäden das Schreiben von Pfarrer Hanke an die „lieben Schwestern“ vom 15.01.1945. AKD: Akte 21 c. Aus Schwesternsicht siehe die Kurzberichte von Diakonisse Elisabeth Schiffhauer vom 03.01.-

13.03.1945. AKD: Akte 325 (auch 925).

⁸¹ Niederschrift der 94. Sitzung am 23.05.1945. AKD: Akte 35 c.

⁸² Im Jahresbericht 1946 heißt es: „Der Wiederaufbau geht nur langsam vorwärts. Die Beschaffung der Materialien und der Arbeitskräfte macht so große Schwierigkeiten, dass jedes, wenn auch nur langsames Weiterkommen dankbar anerkannt werden muss.“ AKD: Akte 153 a.

⁸³ Schreiben von Hanke an Stoltenhoff vom 01.03.1945. AKD: Akte 21 c.

⁸⁴ Die nachfolgenden Daten und Zahlenangaben sind entnommen aus: 50 Jahre Diakonie-Anstalten, S. IX und S. XV.

⁸⁵ Siehe für die Daten „Die offene Tür“ Nr. 34, September 1954. AKD: Akte 905 b.

⁸⁶ Aber auch der Arbeitskräftemangel auf dem regulären Arbeitsmarkt sorgte für ein Fehlen von Arbeitskräften auf dem Hofgut: „Langsam werden auch die letzten wirklich arbeitsfähigen Kräfte in unsren Arbeiterkolonien vom Arbeitsmarkt aufgesogen, dann bleiben uns nur noch Alte, Asoziale und Bewahrungsfälle. ... wo Menschen fehlen, müssen auch wir schon zum Ersatz durch die Maschine greifen. Für den Niederreidenbacher Hof haben wir bereits für den Herbst ein Bulldog angeschafft.“ Bericht zur Vorstandssitzung vom 04.01.1939. AKD: Akte 149 c.

⁸⁷ Diese Zahlen sind entnommen aus der Meldung der Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach an die Innere Mission aufgrund deren statistischer Rundfrage im Januar 1943. Archiv des Diakonischen Werkes im Rheinland: Bestand Ohl Nr. 66.5.2.10.

⁸⁸ Schreiben von Pfarrer Rentrop an den

Amtsbürgermeister Seemann in Weierbach vom 03.07.1940. AKD: Akte 1034. Für nachfolgende Zitate siehe ebd.

⁸⁹ Schreiben des Amtsbürgermeisters Weierbach an den Landrat in Birkenfeld vom 12.02.1946, betr. „Namentliche Aufstellung der unter I a bezeichneten Personen mit ungefähren Daten ihres Aufenthalts“. LHAK: Bestand 655.209 Nr. 134.

⁹⁰ Für Angaben zu Anzahl der Kriegsgefangenen und deren Tätigkeiten sowie sonstigen Ereignissen auf dem Hof, die im Zusammenhang mit der Landwirtschaft standen, siehe: Arbeitstagebuch des Niederreidenbacher Hofes vom 28.04.1937 – 31.12.1940, hier ab Seite 173. AKD: Nr. 1121.

⁹¹ Schreiben des Niederreidenbacher Hofes an das Arbeitsamt Idar-Oberstein vom 08.05.1942. AKD: Akte 1087 A.

⁹² Schreiben des Niederreidenbacher Hofes an das Arbeitsamt Idar-Oberstein vom 13.05.1942. AKD: Akte 1087 A.

⁹³ Schreiben des Niederreidenbacher Hofes an die Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach ohne Datum. AKD: Akte 1087 A.

⁹⁴ Schreiben des Niederreidenbacher Hofes an das Arbeitsamt Idar-Oberstein vom 05.11.1942. AKD: Akte 1087 A. Alle Unterstreichungen im Original.

⁹⁵ Siehe für den geschilderten Sachverhalt: AKD: Akte 1087 A.

⁹⁶ Schreiben des Niederreidenbacher Hofes an das Finanzamt Offenbach/Glan vom 15.07.1944. AKD: Akte 1087 B.

⁹⁷ Schreiben mit unklarem Absender, wahrscheinlich aber intern, an den Niederreidenbacher Hof und die Eremitage vom

11.08.1944. AKD: Akte 1087 B.

⁹⁸ Neuordnung der Einsatzbedingungen der Ostarbeiter, in: RABI. V, 1944, S. 103-107, hier S. 105f.

⁹⁹ Schreiben des Arbeitsamtes Idar-Oberstein an den Niederreidenbacher Hof vom 05.01.1943. AKD: Akte 1087 A.

¹⁰⁰ Schreiben des Arbeitsamtes Idar-Oberstein an den Niederreidenbacher Hof vom 05.01.1943. AKD: Akte 1087 A.

¹⁰¹ Schreiben des Niederreidenbacher Hofes an das Arbeitsamt Idar-Oberstein vom 18.01.1943. AKD: Akte 1087 A.

¹⁰² Bestandsaufnahme für Fliegerschäden-Ersatzansprüche für den Niederreidenbacher Hof, Haus: Arbeiterkolonie, wahrscheinlich zwischen dem 12. und dem 15.09.1943 erstellt. AKD: Akte 1234.

¹⁰³ Spoerer, S. 118.

¹⁰⁴ Siehe auch: Anonymus: "Aus der Erinnerung aufgeschrieben! – 11. Februar 1945 auf dem Niederreidenbacher Hof". AKD: Akte 905 a.

¹⁰⁵ Noch im Oktober 1950 lag das Koloniegebäude mehr oder weniger in Trümmern. Siehe den Jahresbericht vom 22.10.1950. AKD: Akte 153 a.

¹⁰⁶ 100 Jahre Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach, S. 281.

¹⁰⁷ Hans Küppers/Rudolf Bannier, Einsatzbedingungen der Ostarbeiter sowie der sowjetrussischen Kriegsgefangenen, Berlin 1942, S. 26.

¹⁰⁸ Schreiben des Niederreidenbacher Hofes an die Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach vom 12.05.1942. AKD: Akte 892.

¹⁰⁹ „Löhne & Ostarbeiterabgabe der ukrainischen

Landarbeiter für Monat Oktober 1942“ vom November 1942. AKD: Akte 1087 B. Aus der Aufstellung geht die vorgelegte Summe (RM 2,74?) nicht eindeutig hervor.

¹¹⁰ Siehe hierzu „Berufsgenossenschaft 1939 – 1945, Blatt: Zusammenstellung 1944“: AKD: Akte 1173.

¹¹¹ Das Abzeichen „OST“ wurde ab Mitte 1944 ergänzt bzw. ersetzt von sog.

„Volkstumsabzeichen“. Für Ukrainer war ein Sonnenblumenkranz mit mittigem Dreizack, für Weißrussen eine Ähre mit einem Zahnrad und ein Andreaskreuz für russische ArbeiterInnen vorgesehen. Deren Farben waren je nach Nationalität blau-gelb, weiß-rot oder weiß-blau-rot. Siehe RGBI. I, 1944, S. 147.

¹¹² Die Daten sind entnommen aus einer umfänglichen Aufstellung „Löhne und Ostarbeiterabgabe für ukrainische Land- und arbeiterinnen [sic] für Monat Juli 1944“ des Niederreidenbacher Hofes vom 01.09.1944. AKD: Akte 1087 B. Und: Hebekarte aus 1944, Kontonummer 301. Archiv der AOK Idar-Oberstein.

¹¹³ Kaminsky, Zwangssterilisation und 'Euthanasie', S. 461.

¹¹⁴ „Der Ostarbeiter ist in der Regel mit seiner Heimat seelisch besonders verbunden. ... Es liegt daher im Interesse der Erhaltung ihrer Arbeitsfreudigkeit, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, mit ihren Angehörigen in der Heimat Verbindung auf dem Postwege aufrechtzuerhalten.“ Küppers/Bannier, S. 26f.

¹¹⁵ „Trud“ war die Fremdarbeiterzeitung in russischer Sprache, hg. vom Reichsminister für die besetzten Ostgebiete in Zusammenarbeit mit der

DAF, dem Amt für Arbeitseinsatz und dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Für Ukrainer war die „Ukrainez“ und für Weißrussen der „Bela Ruski Rabotnick“ vorgesehen.

¹¹⁶ Die Daten sind entnommen aus: 50 Jahre Diakonie-Anstalten, S. IX, XIV und XV. Das Anwesen, ein Jagdschloss, gehörte zuvor der Familie Carl Puricelli. Die Quellenlage zur „Arbeiterkolonie Eremitage“ in Bretzenheim bei Bad Kreuznach, insbesondere zum Einsatz von Kriegsgefangenen und FremdarbeiterInnen, ist ausgesprochen schlecht. Dieser Umstand geht auf verschiedene Bombenangriffe auf die Anlage zurück, in deren Zuge aussagekräftige Dokumente, bspw. Hauptbücher, Steuermeldungen vernichtet oder unvollständig wurden. Hilfreich war in diesem Fall die Recherche bei der AOK Bad Kreuznach.

¹¹⁷ Statistische Rundfrage vom Central-Ausschuss der Inneren Mission vom Januar 1943. Archiv des Diakonischen Werkes des Rheinlandes: Bestand Ohl Nr. 66.5.2.10.

¹¹⁸ Siehe ebd.

¹¹⁹ Siehe hierzu auch „Die offene Tür“ von Oktober/ November 1939, Juni/Juli 1940 und August/ September 1940.

¹²⁰ Siehe für alle Protokolle: AKD: Akte 150.

¹²¹ AKD: Akte 150.

¹²² Jahresbericht gegeben am 20.10.1940. AKD: Akte 153 a.

¹²³ Bestandsaufnahme für Fliegerbeschädigten-Ersatzansprüche der Eremitage. AKD: Akte 652. Wahrscheinlich wurden sie 1943 erstellt.

¹²⁴ Die Daten sind entnommen aus: 50 Jahre Diakonie, S. IX – XV.

¹²⁵ Grußwort von Diakonisse Gertrud Heublein zum Tag der Offenen Tür am 29.08.1982 anlässlich der Wiedereinweihung des Haupthauses nach dem Umbau. AKD: Akte 1426.

¹²⁶ Sachkontenblatt „Wandererarbeitenstätte Eremitage bei Bretzenheim“ aus 1945/46. AKD: Akte E 19. Oder auch: Ausgabe-Belege Dezember 1940ff. und davor. AKD: Akten D 117ff.

¹²⁷ Rechnung des Niederreidenbacher Hofes an die Erziehungsanstalt Niederwörresbach vom 30.11.1940. AKD: Akte D 117.

¹²⁸ Die Daten sind entnommen aus dem Sachkontenblatt „Löhne der Landwirtschaft“ N 90 P 92, S. 1 und 2. AKD: Akte E 19.

¹²⁹ Kaminsky, Zwangssterilisation und ‘Euthanasie’, S. 47.

¹³⁰ 50 Jahre Diakonie-Anstalten, S. XIV.

¹³¹ Diese Zahlen sind entnommen aus der Meldung der Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach an die Innere Mission aufgrund deren statistischer Rundfrage im Januar 1943. Archiv des Diakonischen Werkes im Rheinland: Bestand Ohl Nr. 66.5.2.10.

¹³² Arbeitstagebuch des Niederreidenbacher Hofes vom 28.04.1937 – 31.12.1940. AKD: Akte 1121.

¹³³ ebd., S. 197.

¹³⁴ ebd., S. 198.

¹³⁵ Die Daten sind entnommen aus: 50 Jahre Diakonie-Anstalten, S. IV – XV. Für den Rückgang der Haushaltungsschülerinnen wurden die Verarmung des Mittelstandes sowie der „Drang der Jugend nach kameradschaftlichem Gemeinschaftsleben, das weniger in der Schule, als vom Lager seine Formen nimmt“ genannt. Siehe Bericht über den Zustand der Diakonie-

Anstalten, Bad Kreuznach, November 1933. AKD: Akte 149 c.

¹³⁶ Schreiben von Pfarrer Hanke an den Landgerichtsdirektor Ludovici in Koblenz vom 21.10.1941. AKD: Akte 21 c.

¹³⁷ Diese Angaben sind entnommen aus der Meldung der Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach an die Innere Mission aufgrund deren statistischer Rundfrage im Januar 1943. Archiv des Diakonischen Werkes im Rheinland: Bestand Ohl Nr. 66.5.2.10.

¹³⁸ 100 Jahre Diakonie-Anstalten, S. 349.

¹³⁹ Telefonische Auskunft von Eva G. vom 10.07.2001. 1943 waren insgesamt zehn weibliche „Gefolgschaftsmitglieder“ in Rechtenbach tätig. Hinzu kam ein deutscher Landarbeiter. Diese Zahlen sind entnommen aus der Meldung der Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach an die Innere Mission aufgrund deren statistischer Rundfrage im Januar 1943. Archiv des Diakonischen Werkes im Rheinland: Bestand Ohl Nr. 66.5.2.10.

¹⁴⁰ Interview mit Sr. Frieda B. vom 12.07.2001.

¹⁴¹ Siehe hierzu die bereits erwähnte Arbeit von Uwe Kaminsky, Zwangssterilisation und 'Euthanasie' im Rheinland.



Lebenswirklichkeiten · Menschen Unter Menschen

In diesem zweiten Band der Reihe „Lebenswirklichkeiten“ berichtet die Stiftung kreuznacher diakonie über den Einsatz von Zwangsarbeitskräften in ihren Einrichtungen in der Zeit von 1940 bis 1945.

Ulrike Winkler, die im Auftrag der kreuznacher diakonie forschte, gelang es, wichtige Fragmente über die Lebenswirklichkeit von Menschen zusammenzutragen, die in dieser Zeit Zwangsarbeit in unseren Einrichtungen leisten mußten. Die Autorin verleiht ihnen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Anonymität der Verdrängung verschwanden, in der nun vorliegenden Kurzdokumentation „Lebenswirklichkeiten – Menschen Unter Menschen“ (wieder) ein Gesicht.

Viele, deren Namen wir jetzt kennen, sind bereits verstorben. Mit wenigen Überlebenden haben wir über verschiedene Suchinstitutionen Kontakt aufnehmen können. Für die kreuznacher diakonie ist es eine Verpflichtung, neben ihrer Beteiligung am Entschädigungsfonds der Evangelischen Kirche in Deutschland nun auch persönliche Entschädigung zu leisten.

Eine Verpflichtung sehen wir aber auch darin, die Geschichte der Menschen, die unter Zwang bei uns lebten und arbeiteten, zu dokumentieren. Es ist Erinnerungsarbeit, die wir den Opfern der Zwangsarbeit schuldig sind.

Ulrike Winkler, Jahrgang 1966. Dipl. Pol., Veröffentlichungen zu den Themen Zweiter Weltkrieg, Zwangsarbeit und NS-Alltagsgeschichte.